DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/3005

Alle Abgeordneten

Landtag Nordrhein-Westfalen
Der Präsident
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Per E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de

Stichwort: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans / hier: **Haushaltsgesetz 2026**
Anhörung im Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses am 28.10.2025
Stellungnahme zu den Drucksachen 18/15000 und 18/15001 i.V.m. Erläuterungsbericht 04/Justiz
Neuss, 22.10.2025

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Abgeordnete,

zur Anhörung am 28. Oktober 2025 des Unterausschusses Personal im Landtag Nordrhein-Westfalen über die Drucksache 18/15000 nehmen wir als eine der zu Sachverständigen benannte, die Deutsche Justiz-Gewerkschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen (DJG NRW) Stellung:

Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft DJG NRW richtet sich mit dieser Stellungnahme in höchster Sorge an den Haushaltsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen. Die geplanten Kürzungen und die tatsächlich stagnierenden Ansätze im Landeshaushalt 2025 gefährden die Funktionsfähigkeit der dritten Gewalt. Während die Justiz täglich Garantin des Rechtsstaats ist, wird sie politikseitig in die Defensive gedrängt. Ein Rechtsstaat kostet Geld – und diese Wahrheit darf nicht länger relativiert oder haushaltspolitisch weichgespült werden. Was derzeit unter dem Etikett „Haushaltsdisziplin“ passiert, ist in Wahrheit der schleichende Rückbau des Rechtsstaats.[1] [2] [3]

Die Ausgangslage: ein Haushalt der Stagnation

Der Haushaltsentwurf 2026 sieht nur eine Steigerung der Mittel um fünf Prozent vor. Real bedeutet das – angesichts von Inflation, Besoldungserhöhungen und gestiegenen Betriebskosten – eine Kürzung. Bereits in der Vergangenheit warnte die DJG NRW vor einem „Stillstand durch fehlende Mittel“. Die schwarz-grüne Koalition hatte im Koalitionsvertrag eine „dauerhaft bedarfsgerechte Ausstattung“ zugesichert; die Realität ist das Gegenteil.

1 DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft NRW, 2025, Geht mit dem Haushalt 2026 für die Justiz in NRW der Rechtsstaat den (Lim-)Bach runter?, Onlinebeitrag vom 29.08.2025, https://www.djg-nrw.de/online-protest-bitte-unbedingt-kommentieren-geht-mit-dem-haushalt-2026-fuer-die-justiz-in-nrw-der-rechtsstaat-den-limbach-runter/
2 FDP-Fraktion: Die NRW-Justiz nach drei Jahren Schwarz-Grün: Mangelverwaltung führt zu zunehmenden Verlust an Rechtsstaatlichkeit, Onlinebeitrag vom 01.07.2025, https://fdp.fraktion.nrw/initiative/die-nrw-justiz-nach-drei-jahren-schwarz-gruen-mangelverwaltung-fuehrt-zu-zunehmendem
3 SPD Minden-Lübbecke: 255.000 offene Verfahren bei den NRW Staatsanwaltschaften – Minister Limbach bekommt die Probleme nicht in den Griff, Onlinebeitrag vom 11.03.2025, https://www.spd-mi-lk.de/2025/03/11/255-000-offene-verfahren-bei-den-nrw-staatsanwaltschaften-minister-limbach-bekommt-die-probleme-nicht-in-den-griff/

Die Personaldecken in Gerichten und Staatsanwaltschaften sind ausgedünnt. Über 240.000 offene Verfahren, mehr als 100 Überlastungsanzeigen, wachsende Krankenstände und hohe Fluktuation belegen das strukturelle Defizit.[4]

Eine interne Umfrage der DJG NRW zeigt: In fast allen Amts- und Landgerichten bestehen massive Rückstände, psychische Belastungen nehmen zu, und viele Justizbeschäftigte denken über einen Behördenwechsel nach. Über 55-Jährige weisen überdurchschnittliche Krankenstände auf; jüngere kündigen häufiger wegen permanenter Überforderung und mangelnder Planbarkeit ihres Arbeitsalltags. [5]

Stellensicherung und -aufbau statt Abbau von Stellen

Die DJG NRW befürwortet die 90 neu vorgesehenen Stellen im Bereich der Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften sowie der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit.[6] Ebenso unterstützt die DJG die Stärkung der Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften in NRW – vor allem die 10 Stellen für Justizsekretär:innen in der Laufbahngruppe 1.2 sowie 10 Stellen im Bereich der Arbeitnehmer:innen, die mit der Laufbahngruppe vergleichbar sind, um die Arbeit der neu geschaffenen 40 Planstellen für Staatsanwält:innen zu unterstützen.

Sie widerspricht aber vehement dem erarbeiteten Konsolidierungsbeitrag gemäß Haushaltsbeschluss vom 8.7.2025, 74 Planstellen und 42 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sperren.[7]

Die DJG NRW lässt sich auch nicht ein auf begriffliche Augenwischerei und dem Verweis auf Stellensperrung statt -streichung: eine nicht besetzte Stelle ist ungeachtet des Grundes der Nichtbesetzung eine nicht vorhandene Arbeitskraft. Ferner ist zu erahnen, was die Folge nicht besetzter Stellen sein wird: Bleiben kurz- bis mittelfristige Folgen - und damit meint die DJG legislatur-bezogene Zeiträume – aus, so werden aus gesperrten Stellen gestrichene Stellen. Es ist im zweiten Schritt, so wohl die Meinung der schwarz-grünen Landesregierung, wesentlich geräuschloser eine Begrifflichkeit der Streichung umzudefinieren als von einem Stellenabbau zu sprechen.

Stelleneinsparungen durch Sperrung oder Streichung, also einfach die Stellen-Nichtbesetzung, ist ein Humankredit auf dem Rücken der Bediensteten, die zur Aufrechterhaltung des Arbeitspensums die Mehrbelastungen in Zukunft mit ihrer Gesundheit bezahlen müssen. Und das unter dem Gesichtspunkt, dass bereits heute die Krankenstände hoch und die Tendenz diesbezüglich steigend ist.

Die Kürzungen betreffen zudem, wenn man die Haushaltsplanung im Detail betrachtet, ausgerechnet die Laufbahngruppe 1.2 bzw. mit dieser Laufbahn vergleichbare Stellen Tarifbeschäftigter. Hier sind Belastungen besonders hoch.

---

4 SPD Minden-Lübbecke: 255.000 offene Verfahren bei den NRW Staatsanwaltschaften – Minister Limbach bekommt die Probleme nicht in den Griff, Onlinebeitrag vom 11.03.2025, https://www.spd-mi-lk.de/2025/03/11/255-000-offene-verfahren-bei-den-nrw-staatsanwaltschaften-minister-limbach-bekommt-die-probleme-nicht-in-den-griff/

5 Vgl. Anlage 1 zur Stellungnahme: Protestnote der DJG NRW (erweiterte Fassung Oktober 2025)

6 Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen: Haushaltsentwurf 2026 – Erläuterungsband, Vorlage 18/4110 im Landtag NRW an alle Abgeordneten, online abgerufen am 16.10.2025 unter https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-4110.pdf

7 Vgl. ebenda

Stichwort Personalbedarfsrechnung

Die Personalbedarfsberechnung auf Grundlage der Geschäftszahlen des Jahres 2024 geht in den Laufbahngruppen 1.2 und 1.1 von einer Belastungsquote von 95,66 bzw. 98,45 aus.[8]

Diese Werte laut PEBBSY zeigen, das das System eine „Orientierungshilfe" für den Haushaltsgesetzgeber ist. Nicht erfasst in dieser Orientierungshilfe ist der Personalbedarf, der durch neue Gesetze, neue IT-Strukturen und deren Einführung oder länderspezifischen Organisationsstrukturen entsteht.[9]

Insofern ist die anstehende Neuerhebung für die Aktualisierung der Orientierungshilfe dringend geboten, deren Erhebung und Auswertung für 2027 terminiert ist und so erst in die Haushaltsplanungen 2028, wenn nicht sogar 2029 einfließen kann. Bis dahin müssen gerade die im Bereich Digitalisierung anfallenden Mehraufwände für Usability und Performance jedoch gedanklich addiert werden. So muss z.B. berücksichtigt werden, dass im Bereich des Justizwachtmeisterdienstes hohe Aufwände durch das Einscannen von Vorgängen entstehen.

Die Laufbahngruppe 1.2 ist in der ordentlichen Gerichtsbarkeit am höchsten belastet, in einzelnen Dienststellen ergeben sich Werte der Belastungsquote von 110 bis 130 % und werden immer wieder als gravierend beschrieben. [10]

Perspektivisch werden für 2026 ff. anstehende Themen wie die Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Zuständigkeitsstreitwerts der Amtsgerichte auf 10.000 Euro und der Ausbau der Spezialisierung der Justiz in Zivilsachen sowie weiterer prozessualer Regelungen deutlich mehr Arbeit für Amtsgerichte und ein noch nicht vorhersehbarer Personalbedarf hinsichtlich des Aufwands der Verfahren mit höheren Streitwerten verursachen.[11] Die NRV Neue Richter:innenvereinigung geht von einem Anstieg der Fallzahlen für die Amtsgerichte von 20 bis 30% aus.[12]

Die Fortsetzung der Ausbildungsoffensive im Rechtspflegerdienst und in der Laufbahngruppe 1.2 ist angesichts des zitierten demografischen Wandels sinnvoll und die 350 Einstellungsermächtigungen für Rechtspflegeranwärter:innen und 406 Ausbildungsplätze für Justizfachwirt:innen sind eine gute Investition in die Zukunft. [13]

---

8 Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen: Haushaltsentwurf 2026 – Erläuterungsband, Vorlage 18/4110 im Landtag NRW an alle Abgeordneten, online abgerufen am 16.10.2025 unter https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-4110.pdf

9 DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft NRW: Mitgliedermagazin Akzente Nr. 4/2024, Seite 10 ff.: Bernd Spaniol, PEBBSY-Fortschreibung 2027, online aufgerufen am 16.10.2025 unter https://www.djg-nrw.de/wp-content/uploads/2024/12/DJG_24_AKZ2404.pdf

10 DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft NRW, 2025, Geht mit dem Haushalt 2026 für die Justiz in NRW der Rechtsstaat den (Lim-)Bach runter?, Onlinebeitrag vom 29.08.2025, https://www.djg-nrw.de/online-protest-bitte-unbedingt-kommentieren-geht-mit-dem-haushalt-2026-fuer-die-justiz-in-nrw-der-rechtsstaat-den-limbach-runter/

11 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Gesetzgebung: Gesetz zur Änderung des Zuständigkeitsstreitwerts (…), online aufgerufen am 16.10.2025 unter https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2025_Zustaendigkeitsstreitwert.html

12 Neue Richter:innenvereinigung e.V.: Stellungnahme Bundesverband vom 11.07.2025, online aufgerufen am 16.10.2025 unter https://www.neuerichter.de/aenderung-des-zustaendigkeitsstreitwertes-der-amtsgerichte-zum-ausbau-der-spezialisierung-der-justiz-in-zivilsachen-sowie-zur-aenderung-weiterer-prozessualer-regelungen/

13 Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen: Haushaltsentwurf 2026 – Erläuterungsband, Vorlage 18/4110 im Landtag NRW an alle Abgeordneten, online abgerufen am 16.10.2025 unter https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-4110.pdf

In diesem Kontext darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass es ergänzend zu den rein im Haushalt vorgesehenen Stellen auch vieler „Soft Facts“ in der Begleitung der Anwärter:innen und Auszubildenden bedarf, um diese jungen Menschen, die sich für die Justiz entschieden haben oder mithilfe aufwendiger und ca. 1,4 Mio. investierter Mittel für Werbekampagnen gewonnen wurden, auch ihre Arbeitskraft und erlernten Fähigkeiten im Anschluss an die Ausbildungsphase der Justiz zur Verfügung stellen und diese nicht wieder „gut und teuer ausgebildet“ verlassen.

Schwerpunkten der Planung

Die DJG NRW unterstützt die Fokussierung in der Einzelplanung im Bereich der Digitalisierung der Justiz und der um ca. 38 Mio. Euro erhöhten Bereitstellung von Mitteln und die darüber hinaus gehenden Einstellungsermächtigungen für Verwaltungsinformatikeranwärter:innen im Laufe des Haushaltsjahres 2026, vor allem die Einrichtung von wiederum 5 Stellen für die Ausbildung im Bereich Fachinformatik und Systemintegration.[14]

Im Bereich der Sachmittel wird der Ausbau der IT-Infrastruktur sowie die Stärkung derer Performance notwendig. Die DJG NRW ist nach oftmals diesbezüglich formulierten und publizierten Eingaben an die Landesregierung und das Justizministerium beruhigt, dass die Problematik z.B. eines noch höheren Arbeitsaufwands durch Störungen in der IT oder nicht-redundante Server-Systeme erkannt wurde und hier Abhilfen sowohl in finanzieller wie personeller Art erfolgen sollen. Insbesondere die Stärkung des Rechenzentrums an den Standorten Münster und Düsseldorf durch Investitionen in Hardware, ein Aktiv-Aktiv-Betrieb und die Ertüchtigung der Container-Technologie im Softwarebereich sind die richtigen Schritte zur Stabilisierung und Beschleunigung der digitalen Infrastruktur.[15]

Ebenso erfreulich ist die konsequente Umsetzung der Mobile-Geräte-Strategie, um den zukunftsorientierten Arbeitsmodellen Rechnung zu tragen. Zukunftsthemen – beginnend bei der Justizcloud über Legal Tech / KI und die Entwicklung bundesweiter Fachverfahren wie Dabag, GeFa und AuRegis sichern dem Land NRW den Anschluss an bundes- und landesrelevante Zukunftsthemen der Digitalisierung und stehen zu Recht auf dem Haushaltsplan.[16]

Die DJG merkt zum Thema Digitalisierung an, dass Haushaltsmittel allein nicht ausreichen, um eine Strategie oder einen Prozess erfolgreich umzusetzen, gleichwohl aber die Basis dafür bilden. Bis die Digitalisierung ohne Medienbrüche funktioniert, ist im personellen Bereich weiter von Belastungen auszugehen. Gut ist dennoch, dass die Dauer-Baustelle IT nun augenscheinlich durch die Fokussierung im Haushalt zu einem möglichst erfolgreichen Abschluss gebracht werden kann und hier Personal und Sachmittel bereitstehen.

14 Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen: Haushaltsentwurf 2026 – Erläuterungsband, Vorlage 18/4110 im Landtag NRW an alle Abgeordneten, online abgerufen am 16.10.2025 unter https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-4110.pdf

15 Vgl. ebenda

16 Vgl. ebenda

Nachwuchsgewinnung

Die Fortsetzung der Ausbildungsoffensive im Rechtspflegerdienst und in der Laufbahngruppe 1.2 ist angesichts des zitierten demografischen Wandels sinnvoll und die 350 Einstellungsermächtigungen für Rechtspflegeranwärter:innen und 406 Ausbildungsplätze für Justizfachwirt:innen sind eine erfreuliche Investition in die Zukunft.[17]

Ob die Zahl der verbleibenden Stellen vor dem Hintergrund von Abwanderungen direkt nach der Phase der Ausbildung ausreicht, zumal sich diese Zahl noch um jene jungen Menschen erhöht, die das Ziel der abgeschlossenen Ausbildung nicht erreichen, wird sich in Realität zeigen. Eine Planung 1:1 von benötigten Stellen und zur Verfügung stehendem Nachwuchs nach der Ausbildung ist sicher realitätsfern aus den vorgenannten Gründen.

In diesem Kontext darf ferner nicht außer Acht gelassen werden, dass es ergänzend zu den rein im Haushalt vorgesehenen Stellen auch vieler „Soft Facts" in der Begleitung der Anwärter:innen und Auszubildenden bedarf, um diese jungen Menschen, die sich für die Justiz entschieden haben oder mithilfe aufwendiger Werbekampagnen gewonnen wurden, auch ihre Arbeitskraft und erlernten Fähigkeiten im Anschluss an die Ausbildungsphase der Justiz zur Verfügung stellen und diese nicht wieder „gut und teuer ausgebildet" verlassen.

Sachmittelhaushalt - Nachwuchswerbung
(Kapitel 04 010 (Justizministerium) Titel 546 10)[18]

Richtig ist, dass der sich in Zukunft ergebende Personalbedarf durch den demografischen Wandel auf einem hohen Niveau bleiben wird. Insofern muss konsequent um die besten Köpfe beim Nachwuchs geworben werden. Das bedingt die presse- und öffentlichkeitswirksame Darstellung der Justiz als wertschätzende, verlässliche und zukunftssichere Arbeitgeberin.

Unter Einbezug der weiteren Ausgaben für Nachwuchswerbung in weiteren Kapiteln ergibt sich ein für 2026 veranschlagter Betrag von ca. 1,43 Millionen Euro – bei Angabe der Zielgruppengröße von 5,3 Mio. Menschen im Alter von 15 bis 39 Jahren sind das 0,27 Cent pro anzusprechenden Kopf. Die Umlage zeigt, dass der Betrag niedrig ist, wenn man dem Nachwuchs die Bedeutung wirklich beimessen will, die immer zitiert wird.

Zusätzlich erschwert die breite Altersspanne die kommunikative Arbeit in der Zielgruppe, da im Cluster vom 15 bis 21 Jahren andere Medienkanäle und auch andere Formen der Medienansprache erforderlich sein dürften als an anderen Ende des Altersintervalls bei den 34- bis 39-jährigen Menschen. Dazu kommen – ohne diese Angaben im Detail nachgeprüft zu haben – wahrscheinlich auch Positionen aus anderen Bereichen der Nachwuchsgewinnung seitens der Ministerien (Finanzen, Inneres, Bildung, ...)

Zu berücksichtigen ist bei der Nachwuchsoffensive in personeller Hinsicht die Belastung der Praxisausbilder:innen in den ausbildenden Dienststellen.

17 Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen: Haushaltsentwurf 2026 – Erläuterungsband, Vorlage 18/4110 im Landtag NRW an alle Abgeordneten, online abgerufen am 16.10.2025 unter https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-4110.pdf
18 Vgl. ebenda

Sachmittelhaushalt - Bauinvestitionen

Trotz formaler Erhöhungen im Haushalt bleibt der finanzielle Spielraum für die Sanierung und Modernisierung von Gerichts- und Staatsanwaltschaftsgebäuden in NRW sehr eng. Der größte Teil der Mittel wird durch Mietverpflichtungen an den BLB NRW gebunden, während echte Neubauten oder substanzielle Modernisierungen nur punktuell (z. B. Köln) erfolgen können. Das Justizministerium spricht hier im Vorwort des Erläuterungsbands zum Haushaltsentwurf 2026 von „maßvollen Einsparungen" in der Bauunterhaltung.[19]

Die DJG NRW vermisst im Bereich der Hauptgruppe 7 Bauinvestitionen eine Erläuterung zum ca. 11-prozentigen Rückgang im Haushalt. Das gilt auch für den 20-prozentigen Rückgang der Bauinvestitionen bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit und 100% bei den Verwaltungsgerichten. Im Gegensatz dazu steigen im Bereich der Sozialgerichtsbarkeit die Bauinvestitionen um über 300 % auf 450 t€ in 2026.[20] Für Justizgebäude ist die Fortführung der mietfinanzierten Bauprogramme vorgesehen, ohne dass das bisherige 1,6 Milliarden-Euro Volumen (1,1 Mrd. € + 500 Mio. € aus 2025) ausgeweitet wird.[21]

Die zum Teil nicht mehr zu tolerierenden Zustände mancher Gerichts- und Staatsanwaltschaftsgebäude leiden besonders unter der Sachmittel-Rotstiftpolitik des aktuellen Haushaltsentwurfs. Die Zustände sind dabei in Teilen bedenklich, weil der Raummangel zu verstellten Flucht- und Rettungswegen führt. Sanitäre Anlagen sind obsolet, Schäden an Gebäuden werden teils monatelang nicht behoben – sicher kein Aushängeschild der Justiz NRW. Die Fassaden bröckeln – und das führt nicht nur zu einem entsprechenden Stimmungsbild in der Bürgerschaft, sondern steht auch konträr zu dem Ansinnen, Nachwuchs zu gewinnen und den in der Justiz NRW arbeitenden Menschen einen modernen und sicheren Arbeitsplatz ohne Gesundheitsgefährdungen zu bieten.

Politische Bewertung und Forderungskatalog der DJG NRW

Landesweite Medienberichte dokumentieren die Folgen dieser Politik: Überlange Verfahren, digitale Ausfälle, überarbeitete Beschäftigte. Der Rechtsstaat droht, seine Durchsetzungskraft zu verlieren.[22] Die SPD-Fraktion sprach im März 2025 von einer Justiz, „die Löcher hat wie ein Schweizer Käse". Auch der Deutsche Richterbund Nordrhein-Westfalen warnte im offenen Brief vom Mai 2024 vor einem drohenden „Justizkollaps".[23] Ein verlässlicher Rechtsstaat erfordert Berechenbarkeit, Stabilität und Arbeitsfähigkeit – keine Mangelverwaltung. Wer Gerichte und Staatsanwaltschaften ausbluten lässt, riskiert soziale Spannungen und den Verlust des Vertrauens in die Gerechtigkeit.[24]

Das Argument der Haushaltsdisziplin greift zu kurz. Nicht die Justiz ist zu teuer – Politikdefizite und jahrelange Fehlsteuerung haben die heutige Notlage geschaffen. Kürzen im Kernbereich des Rechtsstaats

19 Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen: Haushaltsentwurf 2026 – Erläuterungsband, Vorlage 18/4110 im Landtag NRW an alle Abgeordneten, online abgerufen am 16.10.2025 unter https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-4110.pdf

20 Vgl. ebenda, insbesondere hier die Kapitel 04 215 (Generalstaatsanwaltschaften / Staatsanwaltschaften) – Bauinvestitionen Kapitel 04220 (Verwaltungsgerichte) – Bauinvestitionen, Kapitel 04230 (Finanzgerichte) – Bauinvestitionen, Kapitel 04250 (Sozialgerichtsbarkeit)

21 Vgl. ebenda

22 SPD Minden-Lübbecke: 255.000 offene Verfahren bei den NRW Staatsanwaltschaften – Minister Limbach bekommt die Probleme nicht in den Griff, Onlinebeitrag vom 11.03.2025, https://www.spd-mi-lk.de/2025/03/11/255-000-offene-verfahren-bei-den-nrw-staatsanwaltschaften-minister-limbach-bekommt-die-probleme-nicht-in-den-griff/

23 FDP-Fraktion: Die NRW-Justiz nach drei Jahren Schwarz-Grün: Mangelverwaltung führt zu zunehmenden Verlust an Rechtsstaatlichkeit, Onlinebeitrag vom 01.07.2025, https://fdp.fraktion.nrw/initiative/die-nrw-justiz-nach-drei-jahren-schwarz-gruen-mangelverwaltung-fuehrt-zu-zunehmendem

24 Vgl. ebenda

ist eine Selbstgefährdung demokratischer Ordnung. Statt struktureller Verbesserungen und gezielter Investitionen in Personal, Sachmittel und Digitalisierung markiert der Rotstift-Haushalt 2026 eine Zuspitzung der Krise. Politisch betrachtet droht NRW, zum Musterbeispiel einer ausblutenden Justiz zu werden. Die Signalwirkung ist fatal: Wer am Rechtsstaat spart, setzt die Grundfesten der Demokratie aufs Spiel und verursacht gesellschaftliche Folgekosten, die die kurzfristige Haushaltsentlastung bei weitem übersteigen.[25]

Die DJG NRW warnt den Haushaltsausschuss ausdrücklich:

Mit den vorliegenden Ansätzen gefährdet das Land Nordrhein-Westfalen die Handlungsfähigkeit seiner Justiz. Ohne Kurskorrektur droht ein Stillstand, der die Bürger:innen unmittelbar trifft – durch verzögerte Verfahren, eingeschränkte Strafverfolgung und sinkende Rechtssicherheit. Die DJG NRW appelliert deshalb eindringlich:

Die Landesregierung muss umkehren, bevor der Rechtsstaat weiter auf Verschleiß gefahren wird. Wir fordern die schwarz-grüne Landesregierung auf: Nehmen Sie die Sparmaßnahmen zurück, erweitern Sie die Mittel und stärken Sie die dritte Gewalt in Bund und Land. Nordrhein-Westfalen darf sich keine „Billigjustiz“ leisten.

Konkrete Forderung DJG NRW:

- Aufhebung der Stellensperrungen und Freigabe der Planstellen und Stellen für Arbeitnehmende neben den neu geschaffenen Stellen. Insbesondere die Sperrungen der Stellen im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit müssen zurückgenommen werden.
- Der Bericht zeigt außerdem, dass insbesondere die Laufbahngruppe 1.2 von den Sperrungen betroffen ist, obwohl diese Kolleg:innen das Rückgrat im Justizdienst in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sind. Das muss geändert bzw. zurückgenommen werden.
- Aufhebung von bereits getroffenen Maßnahmen wie im Bereich des OLG-Bezirks Düsseldorf, die Entlastung bringen würden (keine Pensionäre mehr im OLG Bezirk, keine vorzeitige Rückkehr aus Elternzeit, keine Aufstockung von Teilzeitanteilen)
- Keine Diskriminierung von Menschen, die in Teilzeitbeschäftigung arbeiten
- Aufstockung des ambulanten sozialen Dienstes gemäß unserem Positionspapier[26]

Das Fazit der DJG NRW lautet: Eine wirksame, glaubwürdige und bürgernahe Justiz ist nicht zum Nulltarif zu haben. Kürzungen im Kernbereich der Demokratie sind politisch fahrlässig und müssen durch eine Kehrtwende in der Haushaltspolitik dringend korrigiert werden.

Mit freundlichen Grüßen
DJG NRW Landesvorstand

25 FDP-Fraktion: Die NRW-Justiz nach drei Jahren Schwarz-Grün: Mangelverwaltung führt zu zunehmenden Verlust an Rechtsstaatlichkeit, Onlinebeitrag vom 01.07.2025, https://fdp.fraktion.nrw/initiative/die-nrw-justiz-nach-drei-jahren-schwarz-gruen-mangelverwaltung-fuehrt-zu-zunehmendem

26 Anlage 2: Positionspapier / Stellungnahme der DJG NRW zur Situation im ambulanten Sozialen Dienst in NRW

Rotstift beim Haushalt 2026 –

Protestnote DJG NRW und Mitarbeitende in den Dienststellen in NRW

- ANLAGE 1 -

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN
Mitglied im dbb beamtenbund
und tarifunion

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft in NRW (DJG NRW) warnt vor den fatalen Folgen der geplanten Haushaltskürzungen:

Geplante Stellenstreichungen und Einsparungen im Sachmittelbereich gefährden die Funktionsfähigkeit der Justiz.

Die Deutsche Justizgewerkschaft NRW zeigt sich alarmiert über die aktuellen Pläne des NRW-Justizministeriums, in der nordrhein-westfälischen Justiz sowohl Stellen zu sperren als auch drastische Einsparungen bei den Sachmitteln vorzunehmen.

„Diese Kürzungspolitik trifft eine ohnehin schon personell und finanziell ausgedünnte Justiz ins Mark", erklärt Klaus Plattes, Landesvorsitzender der DJG NRW. „Wenn Arbeitsplätze nicht nachbesetzt und dringend benötigte Mittel für Ausstattung und laufende Kosten gestrichen werden, bedeutet das in der Praxis: Verfahren dauern noch länger, Belastungen für Beschäftigte steigen weiter und Bürgerinnen und Bürger verlieren das Vertrauen in den Rechtsstaat." Bereits in 2024 wurden Geldmittelstellen gestrichen, die zur einer Stellenreduktion führten. Auszubildenden droht, nach bestandener Abschlussprüfung nicht weiter beschäftigt zu werden – ein No-Go vor dem Hintergrund der Nachwuchsgewinnung, die seitens des Justizministeriums mit viel Geld seit einigen Jahren installiert wurde.

Die DJG NRW weist darauf hin, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften in NRW bereits seit Jahren an ihrer Belastungsgrenze arbeiten. Mehrarbeit, Krankheitstage und eine hohe Fluktuation sind die Folge. „Anstatt diese Missstände durch eine nachhaltige Investitionsstrategie zu beheben, setzt die Landesregierung ein fatales Signal: Justiz als Sparschwein der Haushaltskonsolidierung", so Klaus Plattes.

Kritisch sieht die Justizgewerkschaft neben der Sperrung von Stellen die geplanten Einsparungen bei Sachmitteln in Höhe von 98 Mio. Euro, die nicht tiefergehend spezifiziert werden. Ob Schulungen und Weiterbildung, notwendige Fachliteratur oder grundlegende Arbeitsmaterialien – ohne angemessene Sachausstattung lasse sich ein modernes und effizientes Arbeiten nicht gewährleisten. Ebenso müssen auch geplante Modernisierungen und Bauvorhaben an den Einrichtungen fortgesetzt werden, wenn man als attraktiver Arbeitgeber moderne Arbeitsplätze bieten will.

Die Justizgewerkschaft NRW fordert daher:

Keine Sperrung oder Streichung von Stellen in der Justiz – im Gegenteil: zusätzlichen Personalaufbau für eine wirksame Entlastung. Verlässliche und auskömmliche Sachmittelbudgets zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und Modernisierung der Justiz. Einen ehrlichen Dialog mit den Beschäftigtenvertretungen über die Zukunftsfähigkeit der Justiz anstatt Kürzungen über ihre Köpfe hinweg.

„Wer am Rechtsstaat spart, spart an Sicherheit, Gerechtigkeit und sozialem Frieden", resümiert Klaus Plattes. „Wir erwarten von der Landesregierung ein sofortiges Umdenken, bevor irreparable Schäden angerichtet werden."

DJG NRW Landesverband NRW
Landesvorstand

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN
Mitglied im dbb beamtenbund
und tarifunion

Geschäftsstelle
Freithof 22
41460 Neuss
Landesvorsitzender:
Klaus Plattes

Gesammelte Kommentare - digital - in der Zeit vom 29.08. bis 08.09.2025
nach Aufruf über die DJG Medienkanäle im Internet und bei Facebook.
- Übernahme der Kommentare im Original ohne Korrekturen -

Gabnach am 29. August 2025 um 9:34

Es ist undenkbar, dass 200 Stellen gestrichen und 100 Millionen Euro eingespart werden.
Die Justiz ist seit vielen Jahren unterbesetzt und überfordert. Da werden die Einsparungen und Stellenkürzungen die Lage nicht besser machen – sondern weiter verschlechtern!!
Viele sind überlastet und auch Stunden werden aufgebaut um die Lage auf den Geschäftsstellen zu verbessern und die Rückstände zu reduzieren.
Es werden an falschen Stellen Geld und Personalstellen gekürzt. Dies kann die Politik nicht durchsetzen!
Nicht mit uns, der DJG!

Yvonne am 2. September 2025 um 18:56
Gegen die Sparmaßnahmen in der Justiz!
So kann es nicht weitergehen!
Selbst junge Kollegen sind schon am Limit und können der Justiz nichts mehr positives abgewinnen,
So wird Nachwuchsgewinnung noch schwieriger!

Schäfers am 4. September 2025 um 11:59
Aufgrund der jahrelangen Sparmaßnahmen ist die Justiz schon jetzt sehr schlecht besetzt, wodurch die Belastung der Mitarbeiter – vor allem im Service-Bereich – dauerhaft extrem hoch ist.
Die Erledigungszeiten sind schon jetzt – zum Ärger vieler Bürger – sehr lange.
Daher sind mir dieser erneuten Sparmaßnahmen absolut unverständlich.
Wer soll unter diesen Zuständen noch eine Ausbildung bei der Justiz machen wollen?

Alice Graf am 4. September 2025 um 17:20
Ich bin gegen die Sparpläne in der Justiz, wir sind am Limit angekommen. Bei weiteren Sparplänen wird der Krankenstand noch höher und führt in Kürze zum Stillstand. Wenn der Verschiebebahnhof, sprich die Geschäftsstelle, wegbricht, na dann Prost Mahlzeit, dann läuft nichts mehr, weil sich dann die Akten unbearbeitet an der Wand hochstapeln. Ob sich der JM darüber im Klaren ist und vom JM so gewollt? Bürgerinnen und Bürger haben jetzt schon ein sehr negatives Bild von unserem Rechtsstaat. Weitere Einsparungen sind für ein positiveres Bild der Justiz daher definitiv kontraproduktiv. Das sollten die Oberen sich endlich einmal vor Augen führen.
Mein Apell daher an unsere Landesregierung, Finger weg von den Sparplänen, die Justiz wird dadurch in Zukunft weiter unglaubwürdig werden und ist demotivierend bei uns Beamten und den Justizbeschäftigten. Auch wir haben Wertschätzung verdient.

Ulrike Pukallus am 5. September 2025 um 8:22
Es ist unglaublich, wie mit den Mitarbeitern in der Justiz umgegangen wird. Wertschätzung sieht wahrlich anders aus. Ich arbeite seit 45 Jahren in der Justiz und sehe Jahr für Jahr wie alles langsam immer schlimmer wird. Der Nachwuchs fehlt, es besteht kein Interesse, sich bei der Justiz zu bewerben, die Babyboomer gehen nach und nach und mit ihnen auch gaanz viel Wissen. Keine rosigen Aussichten. Und wenn ich dann noch lese, dass 200 Stellen gesperrt werden sollen und 100 Millionen weniger zur Verfügung stehen sollen, da sieht man doch, dass die Justiz das Stiefkind im Haushalt ist. SO kann Demokratie auf längere Sicht nicht funktionieren. Wenn irgendwann keine Menschen mehr da sind, die noch Lust und Ehrgeiz haben, den „Laden“ am Laufen zu halten.....

Ulrich Haack am 5. September 2025 um 10:48
Die Justiz war nie komfortabel ausgestattet, so dass weitere Einschnitte bei ständigem Aufgabenzuwachs nicht nur das Personal korrumpieren, sondern den sozalen Frieden in der Gesellschaft gefährden. Im strafrechtlichen Bereich findet zunehmende Ausgrenzung der Randständigen statt, da Resozialisierung nicht mehr geleistet wird. Im zivilrechtlichen Bereich müssen Bürger und Unternehmen längere Bearbeitungszeiten im Rechtsstreit ertragen und büßen Vertrauen in den Rechtsstaat ein, sozialrechtliche Entscheidungen sind immer zeitsensibel und beeinflussen das Vertrauen auf staatliche Garantien unmittelbar, noch längere verwaltungsrechtliche Verfahrensdauer trägt zu überbordender Bürokratie und lähmender Blockade der wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung bei. Als dritte Macht im Staat darf die Justiz nicht geschwächt werden, um robust gegen demokratiegefährdende Kräfte Stand halten zu können.

Matthias Groß am 5. September 2025 um 11:32
Wo soll das alles hinführen?

Lukas Reinhardt am 5. September 2025 um 16:14
Jeden Tag begegnen mir mehr und mehr verzweifelte Kolleginnen und Kollegen mit müden Gesichtern. Sie wissen nicht mehr, wie sie mit der immer weiter steigenden Belastung umgehen sollen. Im Zwiespalt zwischen dem eigenen Pflichtbewusstsein und dem Erhalt der (mentalen) Gesundheit reiben sie sich auf.
Ich selbst arbeite seit Jahrzehnten in der Justiz und habe schwierige Zeiten erlebt. Es gab aber immer eine „Verschnaufpause“, um Kraft zu schöpfen. Die letzten Jahre waren insoweit anders. Geschwindigkeit und Masse stiegen ohne Pause – und die „Justizfamilie“, wie sie Herr Minister gerne nennt, hat bereits Überobligatorisches geleistet. Jetzt ist „der Akku leer“.
Nach vor einigen Jahren war ein Burnout etwas, von dem man mal gehört hatte. Depressive Kolleginnen und Kollegen waren eine Seltenheit. In jüngster Zeit ist dies trauriger Alltag geworden. Selbst wenn keine Stellen gekürzt oder eingespart würden, ist ein ordnungsgemäßes Arbeiten schon lange nicht mehr möglich. Kürzungen oder Streichungen wären Beschleuniger des sich abzeichnenden Untergangs.
Enttäuscht und verzweifelt muss ich mich fragen, warum wir mit unseren Sorgen und Mahnungen nicht ernstgenommen werden. Ist der Mitarbeitende nicht das wertvollste Gut?
Wir werden weiter unser Bestes geben, auch, weil wir die Arbeit grundsätzlich gerne machen. Aber man wird sich im Klaren sein müssen, das es immer mehr krankheitsbedingte Ausfälle geben wird. Und es werden natürlich der Belastung geschuldete Fehler passieren! Ich hoffe inständig, dass man in diesen Fällen nicht die oder den völlig überarbeiteten Mitarbeitenden „hängt“. Es wäre ein fatales Zeichen!
Liebe Politik,
denkt an die Menschen, die für dieses Land alles geben und gegeben haben. Verheizt sie nicht auf dem Altar der Sparzwänge.
Und wenn es tatsächlich nicht anders geht, seit gegenüber Euren Wählern ehrlich. Sagt Ihnen, dass sie von der Justiz nicht mehr erwarten können, was sie erwarten durften. Sprecht es aus, dass die Justiz nicht mehr ordnungsgemäß arbeitsfähig ist und über Jahre sein wird. Vielleicht erkennt der Wähler dann den Wert, den eine funktionierende Justiz hat und nicht erst dann, wenn er auf ihre Hilfe angewiesen ist und bitterlich enttäuscht werden wird (Stichwort. Bearbeitungszeiten).
Und vielleicht erkennt die Politik, dass es hier ein Feld gibt, dass sich lohnenswert beackern lässt. Tut es, bevor es eine andere Partei tut, die damit keine Punkte sammeln sollte.

Poldek am 6. September 2025 um 21:06
keine Wertschätzung

Tuchel am 29. August 2025 um 9:39
Leider sind die Sparpläne ein sehr schlechtes Signal und macht die Justiz zukünftig noch unattraktiver für junge Leute. Die Nachwuchsgewinnung ist bereits heute enorm schwer und wird sich durch die Sparmaßnahmen noch weiter verschlechtern.
Andere Behörden, aktuell die Bundeswehrverwaltung, bieten so gute Bedingungen, dass auch viele Bestandsmitarbeiter bei der Justiz kündigen und zum Bund gehen.

Heß am 29. August 2025 um 9:42
Das führt zum Stillstand der Rechtspflege. Es wird immer mehr Kollegen geben, die krank werden, weil sie es nicht mehr bewältigen können, was die noch vorhandenen Kollegen noch mehr belastet. Es will schon jetzt kaum mehr jemand bei der Justiz arbeiten. Gut ausgebildete Kollegen wechseln, weil sie kein Vorankommen sehen.

Margit Streich am 5. September 2025 um 17:08
Das geht gar nicht. So kann nicht mit den Kolleginnen und Kollegen umgegangen werden.

Ingo Stelter am 29. August 2025 um 9:47
Ich sehe mit Sorge, wie sich die Situation in der Justiz entwickelt. Die geplanten Stellensperrungen und Einsparungen bedeuten für uns Beamtinnen und Beamte ebenso wie für die Tarifbeschäftigten noch mehr Belastung und für die Bürgerinnen und Bürger einen weiteren Abbau von Rechtsstaatlichkeit. Wir geben bereits jeden Tag unser Bestes – aber irgendwann ist die Grenze erreicht. Diese Sparpläne sind der falsche Weg

Gertz am 2. September 2025 um 7:10
Als Rechtspflegerin erlebe ich tagtäglich, wie stark unsere Justiz bereits jetzt belastet ist. Die geplanten Stellenstreichungen und Einsparungen gefährden nicht nur die Funktionsfähigkeit der Gerichte, sondern auch das Vertrauen in den Rechtsstaat. Wenn Stellen nicht nachbesetzt werden, Akten sich stapeln und Fristen nicht eingehalten werden können, sind es Bürgerinnen und Bürger, die auf der Strecke bleiben.
Unsere Aufgaben sind gesetzlich geregelt – wir können sie nicht einfach „einsparen“. Wer glaubt, die Justiz mit weniger Personal effizienter zu machen, verkennt die Realität in den Serviceeinheiten, den Geschäftsstellen und in den richterlich und rechtspflegerisch geführten Verfahren.
Ich appelliere eindringlich an die Landesregierung: Nehmen Sie Abstand von diesen Sparplänen. Sie gefährden nicht nur die Motivation der Beschäftigten, sondern auch die Zukunftsfähigkeit der Justiz in NRW.

Brunhilde Sengül am 29. August 2025 um 9:48
Meine absolute Zustimmung zum Protest!
Auf der einen Seite wird in Nachwuchsgewinnungskampagnen investiert, auf der anderen Seite sollen Stellen gekürzt oder gesperrt werden.

Dirk Lütkebohmert am 5. September 2025 um 16:31
Sparen ist ja grundsätzlich eine gute Sache, kaputtsparen ist dagegen schlecht.
Wer macht noch Ausbildungen in der Justiz bei der Perspektive?
Hier wird am falschen Ende gespart zu Lasten der Bürger auf Kosten der Gesundheit der Mitarbeiter/Innen der Justiz.
Spart an der richtigen Stelle im Haushalt des Landes. Die Zeit unter MP Jürgen Röttgers/CDU mit jahrelangen KW-Stellen-Realisierung hat doch gezeigt, in welche Sackgasse das führt. Steht auf und kämpft für die Zukunft der NRW-Justiz, damit das Arbeiten wieder/weiter Freude bereitet und die Arbeit sich finanziell lohnt.

David Hamm am 29. August 2025 um 9:56
Es ist wichtig, dass das Land NRW verantwortungsvoll mit seinen Ressourcen umgeht – weitere Einsparungen sollten jedoch nicht auf Kosten der Justiz erfolgen. Eine funktionierende Justiz ist unverzichtbar für Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Sparmaßnahmen sollten daher dort ansetzen, wo sie nicht die Grundpfeiler unseres Rechtsstaats gefährden.

Hanna am 29. August 2025 um 10:17
Es kann nicht sein, dass immer an der dritten Gewalt gespart wird – die Situation in der Justiz ist ohnehin schon schwierig genug und gerade junge Menschen wissen überhaupt nicht mehr, wie sie in einem solchen Zustand noch 30 bis 40 Jahre arbeiten sollen. Eine Rechtsstaatlichkeit muss dringend gewahrt werden!

La am 6. September 2025 um 10:11
Ein Job bei der Justiz sollte eigentlich Sicherheit bedeuten. Jetzt kommt neben hoher Arbeitsbelastung auch noch die Unsicherheit ob man nach Teilzeit aus familienpolitischen Gründen irgendwann in Vollzeit wiederkommen kann. Nachwuchsgewinnung wird damit zu einer Herausforderung, neue Anwärter halten und nach der Ausbildung oder dem Studium an die Justiz zu binden eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit. Weil wer will schon Buckeln wenn die Aussichten bei u.a. der Stadt wesentlich besser sind?

Heike am 29. August 2025 um 10:18
Die Justiz ist bereits jetzt am Limit; Kollegen werden nicht ersetzt und das Pensum entsprechend verdichtet. Es müssen mehr Kollegen (gehobener & mittlerer Dienst) eingestellt werden und nicht Stellen gestrichen werden. Dem Bürger ist nicht erklärbar weshalb Verfahren (Nachlass, Grundbuch etc.) Monate, teils Jahre dauern; dies ist eine fatale Außenwirkung.

Cornelia Brögelmann am 29. August 2025 um 10:21
Zustimmung zu dem Prostest
Nachwuchsgewinnung und Stellenkürzungen passen irgendwie nicht zusammen.
Die Justiz muss funktionieren und darf nicht kaputt gespart werden.
Die Kolleginnen und Kollegen geben tagtäglich Ihr Bestes und da sind die Grenzen schon lange erreicht.

Domenic Halking am 29. August 2025 um 10:39
Die geplanten Kürzungen empfinde ich als Schlag ins Gesicht für alle, die tagtäglich in der Justiz arbeiten und bereits jetzt mit chronischer Unterbesetzung, veralteter Ausstattung und überbordender Arbeitslast kämpfen. Wenn 200 Stellen gesperrt und gleichzeitig noch 100 Millionen Euro bei den Sachmitteln eingespart werden, ist das nichts anderes als eine schleichende Aushöhlung des Rechtsstaats.
Wie soll eine unabhängige und funktionierende Justiz gewährleistet werden, wenn Verfahren sich durch Personalmangel noch weiter verzögern, junge Nachwuchskräfte nach bestandener Ausbildung keine Perspektive haben und dringend benötigte Modernisierungen auf unbestimmte Zeit verschoben werden? Das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Arbeitgebers „Justiz“ wird dadurch massiv beschädigt.
Wir leisten jeden Tag unseren Beitrag zum Rechtsstaat – aber ohne ausreichende Mittel, ohne die nötigen Stellen und ohne Verlässlichkeit vonseiten der Politik ist das schlicht nicht mehr möglich. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie die Sparpläne überdenkt und endlich die Rahmenbedingungen schafft, die einer funktionierenden Justiz würdig sind.

Dee Duwe am 29. August 2025 um 10:30
KEINE STELLENKÜRZUNGEN MEHR!!!

Birgit am 29. August 2025 um 10:39
Es ist schon interessant, wofür nicht alles Geld da ist und auch ausgegeben wird. Aber dort, wo es gebraucht wird, soll eingespart werden.
Zudem wird durch immer mehr Stellenabbau der Druck auf die Bediensteten höher und somit auch der Krankenstand, der sich dann wiederum auf andere Bedienstete auswirkt. Dies ist ein Teufelskreis, der zu Lasten der Beschäftigten geht.

Claudia Ackermann am 29. August 2025 um 10:40
Die Erledigungszeiten in der Justiz sind bereits viel zu hoch. Die Justiz kaputtzusparen ist hier wohl das falsche Zeichen an die Wähler. Eine Wertschätzung aller Justizbediensteten hält die Regierung wohl nicht für erforderlich. Selbst, wenn ausreichend „Entscheider" im Dienst sind:
Wenn das „Skelett" zerbricht, werden auch diese nichts daran ändern können, dass ggfs. mehr wichtige Fristen ablaufen, als bereits in den letzten Monaten geschehen.

Stefanie Krey-Niemann am 29. August 2025 um 10:54
Die geplanten Kürzungen im Justizhaushalt 2026 sind ein Schlag für jeden Mitarbeiter der Justiz, der täglich versucht für den Rechtsstaat und vor allem die Menschen die dort leben, sein Bestes zu geben. Schon jetzt sind viele der Kollegen völlig überlastet und am Limit. In den Gerichten muss mit unzureichender Technik, veralteten PCs gearbeitet werden. Immer mehr Kollegen erkranken aufgrund der Überbelastung. Statt ein Zeichen zu setzen und dafür Sorge zu tragen, dass Justiz modern, zuverlässig und mit genug Personal ausgestattet wird, wird gespart. Danke für nichts ...:(

Totto am 29. August 2025 um 11:10
Es ist zum kotzen wie Mitarbeiter seit Jahren wertgeschätzt werden.
Aber dafür wird ja auch bei der Staatskanzlei gespart.

Gaby am 29. August 2025 um 11:14
Gegen die Sparmaßnahmen in der Justiz
Die aktuellen Sparmaßnahmen der Regierung treffen die Justiz ungleich härter, als es jeder gerechtfertigte Haushaltserlass tun sollte. Wenn Modernisierung und Digitalisierung auf der Strecke bleiben, wirkt sich das unmittelbar negativ auf die Rechtsstaatlichkeit aus: Gerichte arbeiten mit veralteter Technik, Akten werden weiterhin in analoger Form gehortet, Wartezeiten steigen, und damit steigt auch die Belastung für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und -anwälte sowie das Verwaltungspersonal.
Eine unzureichende Finanzierung macht die Arbeit nicht einfacher, sondern untragbar: Die Kolleginnen und Kollegen sind am Limit, der Krankenstand steigt signifikant, Fehlzeiten nehmen zu und die Qualität der Rechtsdurchsetzung gerät in Gefahr. Weniger Personal, weniger Ressourcen, weniger Innovation – das kann nicht der Maßstab für eine moderne, gerechte und verlässliche Justiz sein.
Investitionen jetzt sind Investitionen in die Zukunft: Bessere IT-Infrastruktur, digitales Beweismittelmanagement, Weiterbildung und moderne Arbeitsbedingungen reduzieren langfristig Kosten, verbessern die Verfahrensdauer, erhöhen die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und stärken das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat. Ohne ausreichende Mittel wird die Justiz aber weder effizienter noch attraktiver – ganz im Gegenteil: Sie verliert qualifiziertes Personal und vergrößert die Justizlücke weiter.

Ich fordere daher:
Verlässliche Finanzierungszusagen für Digitalisierung, Schulungen und Personal, um Prozesse zu beschleunigen und Arbeitsqualität zu sichern.
Attraktive Arbeitsbedingungen und ausreichende Personalstärke, um den Krankenstand zu senken und Burnout vorzubeugen.
Konkrete Modernisierungspläne mit messbaren Zielen und zeitlicher Umsetzung, damit die Justiz wieder handlungsfähig wird.
Nur mit ausreichenden Mitteln lässt sich der Rechtsstaat zukunftsfähig gestalten und den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.

Claudia Heinemann am 29. August 2025 um 11:26
Ich kann mich den vorangegangenen Kommentaren nur anschließen und noch ergänzen, dass – wenn immer weiter an Personal und Material gespart wird -, nicht nur der Dienstbetrieb in den Behörden sondern auch der beim IT-Dienstleister der Justiz massiv gefährdet ist.
Wenn ich an der Stelle von Herrn Dr. Limbach oder Herrn Dr. Optendrenk wäre würde ich mich immer für eine gut funktionierende Justiz (mit allem was dazu gehört) entscheiden und NICHT für einen ausgeglichenen Haushalt, dann lieber Schulden machen um den Rechtsstaat zu schützen.
Es werden ja auch Milliarden Schulden für die Verteidigung ausgegeben, warum dann nicht auch für die Justiz.
In der Justiz kann und darf m.M.n. nicht weiter gespart werden, weil es unverantwortlich wäre.

Pitje Puck am 30. August 2025 um 11:08
Ein funktionierender Rechtsstaat ist unerlässlich für die Demokratie. Wenn man sich den nicht mehr leisten will, dann hilft das ganze Gelaber der Politik über den Wert der freiheitlich demokratischen Grundordnung leider gar nichts.
Nachwuchsgewinnung und Stellenkürzungen passen irgendwie nicht zusammen.
Die Justiz muss funktionieren und darf nicht kaputt gespart werden.
Die Kolleginnen und Kollegen geben tagtäglich Ihr Bestes und da sind die Grenzen schon lange erreicht.
Stärkt und rettet die Justiz und schützt damit unsere
Demokratie, sonst ist unser Land bald verloren.

Corinna Steins am 5. September 2025 um 18:39
Wir brauchen mehr Stellen, nicht weniger. Aus der täglichen Arbeit im Support weiß ich und auch die Kollegen, wie gereizt und überfordert die Anwender sind. Schlechte Ausstattung, mangelne Performance, keine Zeit für Fortbildung gerade im e2a- Bereich, Hauptsache alles digitalisiert, auch wenn keiner mehr Schritt halten kann. Mehr Geld für Stellen, Technik und Support, sonst blutet die Justiz aus. Kein Wunder, dass sich junge Menschen gegen einen Beruf im Bereich Justiz entscheiden.

Jana am 29. August 2025 um 11:47
Gegen die Sparmaßnahmen in der Justiz!!!
Man geht mit Bauchschmerzen zur Arbeit und kommt mit Kopfschmerzen wieder raus. Alles ein Produkt der Sparmaßnahmen. Das Pensum wird immer weiter verdichtet, der Ton wird schärfer, Stress kaum noch erträglich.

Schemies, Gertrud am 29. August 2025 um 12:16
Es ist erschreckend, wie die Justizbediensteten wertgeschätzt werden.
Die Spirale dreht sich immer tiefer in den Abgrund.
Bald ist die Justiz nicht mehr arbeitsfähig.

Die jüngeren Mitarbeiter tun mir sehr leid, denn die werden es ausbaden müssen!
Es wurde bereits vor Jahren schon einmal die Justizfachangestellte nach Prüfung nur mit Zeitverträgen von 6 -12 Monaten übernommen und danach auf die Straße gesetzt
(Diese Ex-Kollegen fehlen in jedem Gericht). Jeder ältere Kollege sehnt sein Ende des Berufslebens nur noch herbei!!!
Die Belastung ist viel zu hoch

Matthias am 29. August 2025 um 12:45
Wären die Kollegen/Vorgesetzten nicht so nett, hätte ich schon über einen Wechsel nachgedacht. Leider ist die Technik zum Teil sehr veraltet und man hat das Gefühl, dass man nicht voran kommt. Das demotiviert einen zum Teil auch selber. Man merkt auch immens, dass es an Personal fehlt. Es wird versucht Personal zu finden, jedoch empfinden viele die Justiz als Arbeitgeber eher unattraktiv (Bezahlung, Perspektiven, Ausstattung...). Die Sparmaßnahmen würden diese Situation wahrscheinlich noch weiter verschlechtern.

Gitte am 29. August 2025 um 12:46
Stoppt die Sparmaßnahmen! Die Justiz geht eh schon auf dem Zahnfleisch.
– Unterbesetzung,
– hoher Krankheitsstand über Monate, besonders psychische Erkrankungen,
– wegsehen der eigenen Verwaltung
– ganz großes wegsehen der Oberbehörden,
– Technik die nicht funktioniert
nur um einige Punkte zu nennen.
Ich sag nur Rechner können kein Windows 11, dafür dürfen dann jetzt täglich die Laptops von den Serviceeinheiten hin- und her mitgenommen werden, damit man immer „einsatzbereit" ist. Ich kann echt nur mit dem Kopf schütteln.
Gewinnung von Nachwuchs, wer will sich das den antun?
– Marode veraltete Technik,
– keine Sorgfaltspflicht der Chefetage
– geschweige den Technik die was hergibt,
– keine Flexibilität,
da geht die Jugend lieber woanders hin und leider zieht es auch etliche andere Kollegen weg.
Attraktiver Arbeitgeber sieht anders aus.

Peter am 30. August 2025 um 13:30
Prägnant beschrieben, es kommen aber noch die wunderschönen Räume hinzu...
Warum sich die Praktikanten wohl wundern?

Tom Wiegel am 29. August 2025 um 13:06
Doch gerade jetzt, wo neue Rechtspfleger teils 200km+ jeden Tag zur Arbeit fahren müssen, viele Kollegen pensioniert werden und die Kriminalitätsrate in NRW steigt, sind wir besonders gefragt.
Anstatt die aktuelle Anzahl der Posten als Absolutes zu sehen, sollten wir endlich mal lernen wie wir vorausschauend gutes Personal einstellen aber auch halten.
Ich sehe nicht nur die Kürzungen der Stellen kritisch, sondern auch – wie schon Konsens in den Kommentaren – dass die junge Generation und die neuen Kollegen das stemmen müssen.
Denn teils geht das gute Personal zu anderen Dienstherren. Auch dem gegenüber sollten wir nicht blind sein. Blind sein ist nur unsere Aufgabe, wenn es zur Anwendung des geltenden Rechts kommt.

Bianca am 29. August 2025 um 13:30
Unglaublich. Die Justiz ist jetzt schon total überlastet. Neue Aufgabenbereiche werden fleißig geschaffen! Dummerweise nur keiner, der die bearbeiten kann. Es dauert nicht mehr lange und die gesamte Justiz fährt vor die Wand....

A. Wolf am 29. August 2025 um 13:53
Der Rechtsstaat ist bekanntermaßen unabdingbar für eine Demokratie. In Zeiten einer massiven rechtsaußen Drohkulisse und Erodierung des gesellschaftlichen Vertrauens auf staatliche Institutionen ist dies ungefähr das Falscheste, was man tun kann! Justiz braucht mehr Geld nicht weniger!

Svenja am 29. August 2025 um 13:53
Die Abwanderung aus dem Justizdienst (trotz der vermeintlich so tollen Beamtenstellung) ist in den letzten Jahren bereits ein reales Problem, welches sich nur noch weiter verstärken wird, wenn immer weiter alles kaputtgespart wird.
Die Kolleginnen und Kollegen sind bereits vielerorts durch die Mangelquote und nicht nachbesetzte Stellen am absoluten Anschlag angekommen.
Die stressbedingten Krankheiten nehmen zu und werden weiter zunehmen.
Weitere Einsparungen sind ein Schlag ins Gesicht all jener, die der Justiz trotz aller Widrigkeiten immer noch die Treue halten.

Raoul Wyrwa am 29. August 2025 um 14:06
Ich finde es schade, dass immer nur so kurzfristig gedacht wird. Als ich in der Ausbildung war hieß es „Wir haben lange Zeit nicht genug Leute eingestellt, jetzt gehen viele in Rente und fallen auf einmal weg“. Das bedeutete für uns, dass fast alle Azubis genommen wurden. Da waren dann aber auch die dabei, die nicht wirklich kompetent waren. Wenn man jetzt wieder Stellen einspart wiederholt man das Problem, dass man später wenn es knapp wird wieder jeden nehmen muss.
Dadurch, dass an der Ausstattung gespart wird, bleibt auch die E-Akte hinter ihren Möglichkeiten zurück. Fast nie läuft alles so flüssig wie es sollte dank zu wenigen Servern und alten Endgeräten. Bekannte, die in einer städtischen Behörde arbeiten, werden mit der neuesten Technik versorgt. Wie kann das sein?!

Schöps am 29. August 2025 um 14:14
Es ist einfach nur noch traurig, nicht nur fehlende Wertschätzung, derjenigen, die den Rechtsstaat am Laufen halten, ich empfinde es inzwischen als regelrechte Geringschätzung.
Ich habe meinen Beruf immer geliebt, inzwischen geht einem aber die Freude daran aufgrund fehlender Wertschätzung und der kontinuierlichen Ignoranz und dem Fehlen entsprechender Taten verloren.
Wozu der ganze Arbeitsaufwand mit Personalbedarfserhebung Pebb§y, wenn das Ergebnis ohnehin niemanden interessiert? Da fühlt man sich regelrecht verlacht.

Körner am 29. August 2025 um 14:20
Mit Sparpolitik wurde noch nie etwas erreicht. Die Justiz ist jetzt schon an der Belastungsgrenze.

IN VINO VERITAS am 29. August 2025 um 14:33
Wenn der nächste bereits seit Jahren angeklagte Straftäter, der auf seine Verhandlung wartet, eine schwere Straftat begeht, obwohl er eigentlich schon im Gefängnis sitzen müsste, ist der Aufschrei wieder groß.
Aber auf der anderen Seite wird die Justiz weiter kaputtgespart. Da darf man sich nicht wundern, dass der Rechtsstaat irgendwann den Bach runtergeht.
Wir müssen das verhindern und die Justiz stärken!

Oliver am 29. August 2025 um 14:51
Genau mein Humor … Satire!

Naomi am 29. August 2025 um 15:27
Irgendwann reicht es auch einfach mal. Auf diese Weise wird fahrlässig mit der Hoffnung und Zukunft von so vielen Menschen gespielt.

Nina Binder am 6. September 2025 um 6:14
Man ist jetzt schon an der Belastungsgrenze aller Mitarbeiter ob Wachtmeister, mittlerer Dienst und auch der gehobene Dienst, so wird man keine neuen Kollegen gewinnen können und auch Mitarbeiter halten können. Es wird immer schlimmer in der Justiz, und dann das noch sehr motivierend für alle

Lars am 6. September 2025 um 21:40
Die Justiz hat die Kontrolle verloren

Heike am 29. August 2025 um 15:27
Die Justiz kann so nicht mehr funktionieren. Die Kollegen sind völlig überlastet. Ältere Kollegen flüchten in die Rente, die Jüngeren suchen sich andere Jobs beim Bund oder den Kommunen, bei denen unsere Leute mit Kusshand genommen werden. Wir brauchen für eine funktionierende Justiz genügend Personal um unsere 3. Staatsgewalt am Leben zu erhalten.

Melanie am 29. August 2025 um 15:34
Es ist unglaublich, wie die dritte Gewalt behandelt wird. So können wir uns auch die Nachwuchsgewinnung sparen. Bei der hohen Arbeitsbelastung, die wir jetzt schon haben, wird die Justiz als Arbeitgeber einfach nur noch unattraktiver. Dazu kommt noch eine schlechte technische Ausstattung. Wie soll das weiter gehen?

Ralf Eimers am 29. August 2025 um 17:46
Wer am Rechtsstaat spart, riskiert seine Stabilität.
Die geplanten Haushaltskürzungen in NRW schwächen eine ohnehin überlastete Justiz: längere Verfahren, weniger Personal, fehlende Ausstattung.
Statt Sparpolitik braucht es Investitionen in Personal, Modernisierung und Vertrauen.
Diese Sparpläne gehen in ein völlig falsche Richtung und gehören vom Tisch!!!

T am 29. August 2025 um 15:50
Ein funktionierender Rechtsstaat ist unerlässlich für die Demokratie. Wenn man sich den nicht mehr leisten will, dann hilft das ganze Gelaber der Politik über den Wert der freiheitlich demokratischen Grundordnung leider gar nichts.

Fabio Maltese am 29. August 2025 um 16:56
Die Kürzungspolitik der Landesregierung ist ein Schlag ins Gesicht für alle! Ich frage mich wozu Nachwuchskampagnen gestartet wurden um dann das Vertrauen der Mitarbeitenden zu zerstören.
Es ist ein offenes Geheimnis das Bund und Kommunen die Mitarbeiter abwerben bzw viel attraktivere Konditionen anbieten können als die Justiz das tun kann.
Wir hoffen darauf gehört zu werden damit unsere Rechtsprechung auch weiterhin gegeben sein wird.

Conny am 29. August 2025 um 17:59
Die Bediensteten der Justiz, egal welches Amt, werden auf Kosten ihrer Gesundheit nur noch ausgebeutet!!!
Die ganzen Überstunden die sie Leisten, die noch nicht mal bezahlt werden und ein Abbauen der Überstunden bei der Unterbesetzung des Personals gar nicht möglich ist, sondern nach einer gewissen Zeit einfach gekappt werden, ist eine reine Ausbeute. Und selbst mit diesen zigtausenden von Überstunden in NRW läuft die Justiz noch nicht einmal reibungslos.
Und jetzt will man noch mehr Stellen streichen? Noch weiter die Bediensteten ausbeuten?
So etwas müsste bestraft werden!!! Schämen die sich denn eigentlich nicht? Die wissen das ja ganz genau mit den Überstunden.

Sabine am 29. August 2025 um 19:52
Jeden Tag neue Schlagzeilen über Messerattacken mit Verletzten und Toten. Wenn das der Weg ist unser Land wieder in bessere Zeiten zu führen, dann ist es erneut ein Beweis mehr, dass die Politik blind und taub ist.

Yvonne am 29. August 2025 um 21:04
Streichungen und Kürzungen sind mittlerweile das Einzige was die Justiz noch kann... geht jemand in Pension fällt die Stelle sofort weg, was für den Rest zu noch mehr Arbeit und auch zu Umbesetzungen führt... die elektronische Akte bricht uns Allen den Hals... von wegen weniger Arbeit ohne Papier... lächerlich ist das... Mehrarbeit in allen Bereichen und ständig irgendwelche Störungen und/oder Performance-Probleme... das eine Programm verträgt sich nicht mit dem anderen, man switcht nur hin und her, macht Programme auf und wieder zu... Citrix auf und wieder zu... sowas von nicht zuende gedacht das ganze System... man ärgert sich jeden und jeden Tag, fertig mit seiner Arbeit wird man schon lange nicht mehr... Abteilungen saufen vollends ab, es hagelt Dienstaufsichtbeschwerden, aber Hauptsache immer weiter Sparmaßnahmen ergreifen und die Leute die noch arbeiten wollen, auch noch komplett zerstören... wir sind am Limit angekommen und das schon länger... werdet mal wach da Oben!!!

Bettina Dülks am 29. August 2025 um 21:25
Wo soll das hinführen? Es wurde bereits in der Vergangenheit alles kaputtgespart. Die Mitarbeiter sind bereits übers Limit hinaus und größtenteils auch älter und somit anfälliger für Krankheit. Letztendlich würden Einsparungen nicht nur zu Lasten der in der Justiz beschäftigten Menschen gehen sondern auch zu Lasten der Rechtsuchenden.

Jana Haustein am 30. August 2025 um 5:35
Ich schließe mich den vorhergegangenen Kommentaren an. Es wird definitiv am falschen Ende gekürzt.

Heidi Pauels am 30. August 2025 um 6:44
Wenn der Rechtsstaat nicht mehr funktioniert, weil er mit dem Vorhaben irgendwann nicht mehr funktionieren kann, wird die Demokratie folgen.
Sparen am falschen Ende hat sich noch nie ausgezahlt.

Karin am 30. August 2025 um 8:02
Wer am Rechtsstaat spart, riskiert seine Funktionalität.
Die geplanten Haushaltskürzungen in NRW sollten vom Tisch, sie schwächen eine ohnehin überlastete Justiz: längere Verfahren, weniger Personal, fehlende Ausstattung.
Statt Sparpolitik braucht es Investitionen in Personal, Modernisierung und Vertrauen.
Diese Sparpläne gehen in ein völlig falsche Richtung!!!

Kalle am 30. August 2025 um 8:50
Wer am Rechtsstaat spart, riskiert seine Funktionalität.
Die geplanten Haushaltskürzungen in NRW sollten vom Tisch, sie schwächen eine ohnehin überlastete Justiz: längere Verfahren, weniger Personal, fehlende Ausstattung.
Statt Sparpolitik braucht es Investitionen in Personal, Modernisierung und Vertrauen.
Vorallem keine Wertschätzung und die Bezahlung bei denn Wachtmeistern ist eine reinste Katastrophe.Soviel Risiko und Einsatz und zum Dank Hungerlohn.
Diese Sparpläne gehen in ein völlig falsche Richtung!!!

Heiko Gellert am 30. August 2025 um 10:01
Die geplanten Kürzungen im Justizhaushalt sind aus Sicht vieler Beschäftigter der falsche Weg. Schon jetzt leidet die Justiz in vielen Bereichen und Abteilungen unter hoher Arbeitsbelastung und Personalmangel. Weitere Einschränkungen bei Stellen und Sachmitteln verschärfen diese Situation erheblich und beeinträchtigen die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats und der IT – gerade im Hinblick auf den wichtigen Schritt in eine zukunftssichere Digitalisierung.
Gleichzeitig steht die Justiz im Wettbewerb um Nachwuchs und Fachkräfte. Ohne verlässliche Perspektiven und moderne Arbeitsbedingungen verliert sie an Attraktivität – mit langfristig negativen Folgen für die Gesellschaft.
Eine zukunftsfähige Justiz braucht daher nicht weniger, sondern mehr Investitionen in Personal, Digitalisierung und Ausstattung. Nur so kann sie ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen und das Vertrauen der Arbeiternehmer/innen und Bürgerinnen und Bürger sichern.

Michael Dum am 30. August 2025 um 15:38
Gute Nacht Rechtsstaat!

Diana am 30. August 2025 um 17:23
Dann kann man sich die Nachwuchsgewinnung auch gleich sparen. Das macht die Justiz als Arbeitgeber noch unattraktiver.
Anstatt die 41 Stundenwoche abzuschaffen und den Beruf wieder attraktiv und für die Azubis und Anwärtern mit Zukunftsaussichten zu gestalten, kommt jetzt sowas. Nicht sehr motivierend. Die Justiz schafft sich selbst ab.

Nal am 31. August 2025 um 0:51
Lernt die Politik nicht?
In den vergangenen Jahren wurden aufgrund der Haushaltslage viele Beschäftigte nicht übernommen, welche heute ein Grundstock sein könnten.
Technisch ist die Justiz noch weit hinten.
Ja letzt soll wieder am Personal und der Technik gespart werden. Wo soll das hinführen?
Will man bewusst die dritte Stütze unserer Gesellschaft machtlos stellen?

Kirsten am 31. August 2025 um 14:26
Schon jetzt gibt es nur eine Minderverteilung der vorhandenen Arbeitskräfte. Die Belastung für jeden Einzelnen steigt ständig an. Ganz zu schweigen von der IT-Ausstattung mit denen tausende Mitarbeiter täglich arbeiten müssen. Jetzt reicht´s! Weitere Sparpläne können wir nicht hinnehmen und werden uns energisch dagegen wehren.

Bettina Haldenwang am 1. September 2025 um 6:52
Es kann doch nicht sein, dass gerade in der heutigen Zeit noch an Einsparungen (jeglicher Art) in der Justiz gedacht wird. Ich bin jetzt seit 45 Jahren in der Justiz und habe das Gefühl, dass dieser Zweig des Landes NRW immer unwichti-

ger wird. Die Außenwirkung der Justiz wird schlechter. Man fühlt sich von einem großen Teil der Bevölkerung gar nicht mehr ernstgenommen.
Die technischen Voraussetzungen für die „E-Akte“ sind oft katastrophal.
Es wird mit hohen Geldmitteln für neues Personal geworben und jetzt sollen noch mehr Einsparungen erfolgen. Was soll das? Es gibt doch weitaus mehr Stellen, an denen unser Land sparen könnte.

Kristina am 1. September 2025 um 6:57
Bereits seit Jahren wird unsere Dienstbereitschaft mit Füßen getreten. Selbst die Aufstockung von der 38,5-Stunden-Woche auf die 41-Stunden-Woche war nur zur „kurzfristigen Haushaltskonsolidierung“ verkauft worden. Seit dem geht jede Landesregierung nur noch zu unseren Lasten. Die anstehenden Pensionierungen der sogenannten Babyboomer werden jetzt also noch mit Stellenstreichungen verschlimmert.
Hunderttausende gingen in die Arbeitgebermarke, Beförderungen erfolgen nur marginal. Als heute knapp über 50-Jährige muss ich schon damit rechnen als Amtfrau in Pension zu gehen.
Welche jungen Menschen wollen wir denn damit für die Justiz begeistern.

Mells am 1. September 2025 um 7:17
Die ohnehin schon immer unattraktiver werdenden Bedingungen in der Justiz werden noch weiter heruntergeschraubt – wir haben schon jetzt zu wenig Leute für zu viel Arbeit.
Stellen zu sperren, die bisher schon schwer überhaupt nach zu besetzen waren ist hier doch ein absoluter Irrsinn.
Der Stillstand in vielen Bereichen ist vorprogrammiert, der höher werdende Krankenstand ohnehin.
Es ist schon jetzt teilweise kaum zu bewältigen. Die Leute zerbrechen an der Last.
Wer sich da noch wundert, dass sich gerade junge KollegInnen (und oftmals auch versierte KollegInnen, die ihren Job immer gerne gemacht haben) anderweitig umschauen und kündigen hat ganz offensichtlich irgendetwas nicht mitbekommen. Es ist leider kein „Privileg“ mehr, für die Justiz zu arbeiten.
Die Sparpläne im Hinblick auf das Personal der Justiz umzusetzen schadet dem System deutlich mehr, als es dem Geldbeutel nutzt.

Markus am 1. September 2025 um 7:18
Die Belastungsgrenze ist schon jetzt erreicht und diese jetzt noch durch weitere Kürzungen weiter zu verschlimmern, wirkt wie blanker Hohn. Damit muss endlich Schluss sein. Wenn immer weiter an der Belastungsschraube gedreht wird, bricht das System irgendwann zusammen. Es steht bereits jetzt auf so wackligen Beinen, dass selbst die starken Rücken der Kolleginnen und Kollegen es bald nicht mehr stützen können werden.

Sandra am 1. September 2025 um 7:36
Damit werden sämtliche Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung von selbst konterkariert…

Sandra Kempkens am 1. September 2025 um 7:59
Es sollte ausgeschlossen werden, dass jene Mitarbeiter, die den Verwaltungsapparat am laufen halten, verheizt werden. Schlussfolgerung daraus ist, dass nicht nur weniger Personal eingestellt wird, sondern auch das vorhandene Personal fällt wegen Überlastung längere Zeit aus….. so wird es am Ende aussehen.

Siepmann am 1. September 2025 um 8:26
Die weiteren Sparmaßnahmen gefährden das Vertrauen in den Rechtsstaat und damit letztlich unsere Demokratie.

Manuela am 1. September 2025 um 8:26
Die Arbeit ist jetzt schon nicht mehr zu schaffen, die E-Akte verursacht noch mehr arbeit. Durch die Arbeit wird man krank

Heiko am 1. September 2025 um 8:32
Es ist schade wie man mit seinen Bediensteten umgeht. Die Belastungsgrenze ist bei vielen mittlerweile überschritten was steigende Krankenstände deutlich machen.
Dieser Weg ist auf Dauer nicht tragbar, den Bediensteten nicht gegenüber als auch dem rechtssuchenden Publikum.
Wir brauchen dringend junge motivierte Leute, allerdings gelingt das nur wenn man auch die Bezahlung dementsprechend anpasst und die Bedingungen erheblich verbessert.
Mit der aktuellen Verfahrensweise wird das aber so nicht möglich sein, da kann man sich jegliche Werbekampagnen sparen.

Alex am 1. September 2025 um 8:35
Ich kann mich alldem nur anschließen, schon jetzt rate ich meinem Kind davon ab, später in die Justiz zu gehen. Dann doch lieber Bund oder Kommune. Dort kann man besser arbeiten.

Christof am 1. September 2025 um 8:57
Seit Jahren warten und hoffen wir auf Verstärkung durch interne Mitarbeiten in unseren Fachbereichen.
Die Belastungsgrenze ist schon lange erreicht.
Durch weitere Streichungen der Mittel wird die angespannte Situation noch weiter auf die Probe gestellt.
Hoher Krankenstand ist bereits jetzt schon der Alltag.

K am 1. September 2025 um 9:11
Also ich fasse zusammen: 41-Stunden-Woche, gepaart mit einer ohnehin schon hohen Arbeitsbelastung und fortwährenden Einsparungen? Das System wird an seine Belastungsgrenze geführt, bis schließlich alles an die Wand gefahren wird. Das wirkt hier aktuell wie ein Brandbeschleuniger, der die verbleibenden Kräfte weiter auszehrt und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes schmälert. Denkt man gar nicht mehr an die Zukunft?

Peter am 1. September 2025 um 9:28
Die IT-Betreuung ist bereits jetzt unterbesetzt. Die Anforderungen wachsen rasant und stetig. Die Systeme werden immer umfangreicher und komplexer, die Sicherheitsanforderungen steigen, und notwendige Systemaktualisierungen bleiben aus Mangel an Ressourcen auf der Strecke. Der IT-Unterbau bröckelt, der nächste Ausfall ist nur eine Frage der Zeit. Um dieser Entwicklung wirksam zu begegnen, braucht es nicht weniger, sondern mehr Ressourcen. Know-how muss erhalten und gezielt ausgebaut werden. Eine Kürzung der Mittel gefährdet nicht nur die Stabilität bestehender Strukturen, sondern auch die Zukunftsfähigkeit der gesamten Justiz.

Jakob Maier am 1. September 2025 um 9:34
Ist eine funktionierende Justiz nicht mehr gewünscht?
Wenn Kollegen in Rente/Pension gehen und nicht mal ansatzweise damit geplant wird, diese zu ersetzen, klingt das weder nachhaltig noch förderlich für eine der Säulen der Demokratie.
Da kann man nur noch davon ausgehen, dass hier gezielt Rechtsstaatlichkeit abgebaut wird..
mit welchem Ziel auch immer.

Justiz Köln am 1. September 2025 um 9:40
Ein no go

Sandra am 1. September 2025 um 10:03
Wie soll man vernünftig arbeiten können, wenn der kaputte Drucker nicht ersetzt wird, weil keine finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Es sollte doch selbstverständlich sein, dass zumindest genügend Arbeitsmittel zur Verfügung stehen, damit man seine Arbeit verrichten kann.

Anonym am 1. September 2025 um 10:07
Ein Schlag in das Gesicht eines jeden Justizmitarbeiters. Wir arbeiten seit Jahren über dem Limit ohne, dass dies finanziell ausgeglichen wird. In den Staatsanwaltschaften in NRW könnte man das doppelte Personal einstellen und trotzdem hätte jeder genug zu tun.
Es kann doch nicht sein, dass in allen Behörden eine Belastung von über 200% der Normalfall wird.

Anja am 1. September 2025 um 10:24
Die Justiz ist die dritte Säule in unserem demokratischen Rechtsstaat. Die Sparpläne werden dieser Bedeutung nicht gerecht.
In Zeiten, in denen demokratiefeindliche Kräfte und Tendenzen immer stärker werden, muss dafür Sorge getragen werden, dass die Justiz von innen gestärkt wird damit Bürger*innen von außen eine funktionierende Justiz wahrnehmen können und deren Bedeutung erkennen können.
Mit einer weiteren Schwächung des Personalbestands wird das Gegenteil bewirkt. Bereits jetzt gibt es trotz enormen Engagements vieler Bediensteter in der Bearbeitung der Kernaufgaben zeitliche Verzögerungen und andere Probleme, die auf den bereits jetzt herrschenden Personalmangel zurückzuführen sind.
Die Entwicklung bei einer weiteren Reduzierung der Personaldecke und einer weiteren Schwächung der Attraktivität der Justiz für Nachwuchs betrachte ich mit großer Sorge, nicht nur für die Justiz, sondern auch für unsere Demokratie.

Susanna am 5. September 2025 um 14:23
Auf den Punkt gebracht!!!!

Iris Haarkötter am 1. September 2025 um 10:36
Es ist einfach unfassbar! Es wurden endlich mehr Polizeikräfte eingestellt und wer soll denn bitte die Mehrarbeiten, die dadurch unter anderem für die Justiz entstehen, bearbeiten? Die Polizisten führen bisher kein Protokoll, weder bei Vorführungen noch in Verhandlungen!
Dann wird jede Menge an Geld für die Nachwuchsgewinnung verschleudert, obwohl keine Weiterbeschäftigung der Auszubildenden stattfinden kann! Was ist das für ein Irrsinn??? Die Justiz hinkt in Punkto Modernisierung in allen Bereichen dermaßen hinterher, dass es schon in der Bevölkerung als lächerlich empfunden wird. Sachmittel, Fort- und Weiterbildungen, die dringend notwendig sind, da wir ja digital ebenfalls so dermaßen hinterher hinken, zu streichen, ist so fatal und geht in die absolut falsche Richtung.
Wie kann man denn eines der wichtigsten Organe eines Staates, nämlich die EIGENE JUSTIZ, so extrem stiefmütterlich behandeln und vor die Wand fahren lassen, es wird mir immer unverständlicher. Ich bin einfach nur noch entsetzt! Das wird ein schlimmes Ende nehmen mit unserer Justiz.....

Marie am 1. September 2025 um 10:46
Ihr spart die Justiz kaputt!!!

Linda Goebels am 5. September 2025 um 21:54
Die Politik lernt es einfach nicht…Ihr wisst schon, dass wir die mit der E-Akte sind? Durch das Sperren hunderter Stellen und derartigen Einsparungen liegt die Zukunft der Justiz NRW nicht in Fortschritt und Digitalisierung und, sondern in der Steinzeit mit Bleistift und Block…Werdet endlich wach!

I.B. am 1. September 2025 um 10:52
Einsparungen sind der beste Weg Dinge noch weiter zu verschlechtern.
Ob es marode Straßen sind, die nur notdürftig geflickt werden statt ordentlich zu sanieren oder die Justiz, die trotz deutlich bestehender Überlastung noch weiter bespart werden soll. Am Ende wird es immer deutlich teurer, wenn man an der falschen Stelle spart, als wenn man es sofort richtig angeht.
Was nutzen uns Stellen, die zwar auf dem Papier da sind, aber effektiv monatelang nicht besetzt und vertreten werden müssen, weil die Kolleginnen/Kollegen wegen Überlastung ausfallen? Was helfen noch weitere Einsparungen, wenn ohnehin schon ein Pensum erreicht ist, welches das Maß deutlich übertrifft? Was hilft es, wenn Arbeit noch weiter verteilt wird, wenn Kolleginnen/Kollegen in Rente/Pension gehen und nicht ersetzt werden. Und worüber machen wir uns Gedanken, wenn wir mit völlig überalteter Technik ausgestattet sind?
Möglicherweise reicht es ja auch einfach aus, wenn Unterlagen aus Februar im Juli bearbeitet werden, Fristen versäumt werden, Vorstrafen nicht eingetragen werden, Cyberkriminalität die Tür geöffnet wird und tausend andere Dinge, die bei mangelndem Personal erst (viel zu) spät erledigt werden können.
Vielleicht sehen wir vor Ort, die täglich versuchen gegen Windmühlen zu kämpfen um das Schlimmste zu verhindern, das ja ganz falsch und es macht gar nichts aus oder ist gar so gewünscht?
Da machen wir uns doch ganz unnötig Stress, um die Bürgerinnen und Bürger unserer Bezirke nicht zu verärgern oder wieder einzufangen, wenn sie total genervt sind, weil in der Justiz nichts läuft und man den Glauben in einen gerechten Rechtsstaat verliert.
Am Ende wird der Rechtsstaat die Einsparungen merken! Möglicherweise bei der nächsten Wahl, in der vielleicht eine Regierung an die Macht kommt, die wir in der Form ganz sicher nicht noch einmal erleben möchten.
Ist das tatsächlich so gewünscht? Hat man sich das richtig überlegt? Gibt es nicht andere Bereiche, in denen Einsparungen deutlich sinnvoller sind?
Mir persönlich fallen Themenbereiche ein, die mit wenig Mühe mehr Erfolg versprechen. Aber da müsste man die eigene Komfortzone verlassen und das Ganze nicht auf Kosten der Kleinsten in der Kette durchboxen und Entscheidungen ausbaden müssen, die sie nicht verantworten können.
Am Ende werden Einsparungen immer teuer!

Sandra am 1. September 2025 um 10:53
Demotivierende Nachrichten, wie soll man die ganze Arbeit schaffen, wenn keine Stellen nachbesetzt werden? Die jungen Leute, die wir noch haben, werden sich sicherlich in anderen Verwaltungen (Städte/Kreise etc.) bewerben, in der Justiz hat man ja keine Perspektive.

Angelika am 1. September 2025 um 11:05
Das Arbeiten in der Justiz ist für junge Leute nicht mehr attraktiv. Der Bonus „im öffentlichen Dienst ist es sicher“ reicht leider nicht mehr aus, um für diesen Job zu werben.
In der freien Wirtschaft wird mit diversen Sonderleistungen, wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Bonuszahlungen, Getränken, Obst, Vergünstigungen für sportliche Aktivitäten, professioneller IT-Betreuung u. v. m. geworben. Wenn im öffentlichen Sektor der Justiz weiterhin gespart und sogar gekürzt wird, werden auch langjährige Mitarbeiter überlegen, ob es in der freien Wirtschaft nicht doch attraktiver ist, und wechseln.

Justiz Köln am 1. September 2025 um 11:06
Das soll wohl ein schlechter Scherz sein. Seit Jahren buckeln wir, da die Stellen nicht mehr besetzt werden. Die Rechner sind einige Jahre alt und werden nicht mehr ersetzt. Selbst das Laptop für die Home-Office Tage zu Hause ist schon einige Jahre alt und „darf" ab Oktober zur Arbeit geschleppt werden und wieder nach Hause.
Die Justiz ist nur noch unattraktiv für Bewerber. Alles viel zu veraltet und zu starre Strukturen.
Von der Fürsorgepflicht der Behördenleitung will ich erst gar nicht anfangen zu schreiben.

Leonie am 1. September 2025 um 11:34
Die anvisierten Stelleneinsparungen, sowie die Einsparungen im Sachmittelbereich stellen die falsche Reaktion auf die derzeitige Situation in der Justiz dar.
Ob kurz vor der Pension oder seit wenigen Jahren mit dem Studium/ der Ausbildung fertig- ein Bild stellt sich konsequent dar: Überlastung und Unterbesetzung. Dazu eine hohe Fluktuation im mittleren Dienst und erhöhte Durchfallquoten im gehobenen Dienst.
Die Justiz ist kein attraktiver Arbeitgeber und man sollte für jeden, sich dem Rechtstaat verpflichteten Kollegen dankbar sein. Stattdessen wird der Nachwuchs dezimiert und der Bestand an Kollegen langfristig geschwächt.
Neben dem negativen Bild der Justiz bei den Bürgern kämpft man dann eigenständig mit der Frage, warum man sich dieser Arbeitsbelastung von dauerhaft über 130 Prozent bei 100 Prozent Arbeitskraftanteil unterwirft.

Thomas am 1. September 2025 um 11:39
Es ist eine Frechheit, dass Herr Limbach in seinen Reden immernoch behauptet die Justiz sei gut aufgestellt, und uns immer mehr Aufgaben zuschiebt ohne auch nur ansatzweise für eine entsprechende Personalausstattung zu sorgen.
Es ist ja schön und gut wenn man Voyeur-Aufnahmen unter Strafe stellen will, das setzt aber voraus, dass auch jemand ermittelt, verurteilt und die Strafe vollzieht. Es ist mit einem Gesetz noch lange nichts erreicht. So wird der Bürger nur mit einem Gefühl der falschen Sicherheit abgespeist.
Wir werden den Menschen aber sagen, dass sich nichts ändern wird weil der Justiz das Personal genommen wurde, dass für die Umsetzung benötigt würde.

E. Botterweck am 1. September 2025 um 11:47
Bedenklich! Ein Ausbluten der der 3. Gewalt wird zwangsläufig zu Demokratieabbau führen.
Ohnehin wird der Justizhaushalt seit Jahren stiefmütterlich berücksichtigt. Kollegen und Kolleginnen arbeiten jetzt schon am Limit.

Stephan Kloke am 1. September 2025 um 11:47
Der Rechtsstaat ist schon jetzt am Limit. Zahlreiche Entscheidungen – selbst höchstrichterliche – werden „mit heißer Nadel gestrickt". Einsparungen können also nur zu einer weiteren Vertrauenserschütterung führen. Von dem fatalen Signal an Absolventen, die sich eine Tätigkeit im Justizdienst vorstellen können, ganz zu schweigen.

Sonja am 1. September 2025 um 12:23
Die Justiz in NRW ist ein absolutes Pulverfass, die Zündschnurr ist fast zu Ende. Jahrzehntelanger Sparkurs mit befristeten Verträgen (ich selbst habe fünf Jahre auf den Festvertrag gewartet!) , führte zur Abwanderung der Fachkräfte in den Serviceeinheiten. Diese extremen Lücken versucht man mit Quereinsteigern aufzufüllen, der n Ausbildung überraschenderweise auch Geld und Zeit kostet. Weiterhin ist die technische Ausstattung in einer Zeitschleife hängengeblieben. Es wird einfach irgendwas angeschafft, ohne zu testen, ob alles klappt. und wenn's nicht klappt, steht man teils Wochen da und muss sich mit Kollegen den Rechner teilen, bis man das Problem am eigenen Arbeitsplatz endlich gelöst bekommt. Weiterhin darf man nicht vergessen, dass hier hoheitliche Aufgaben erfüllt werden und das

Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz jetzt schon erschüttert ist! Man kann doch keinem begreiflich machen, dass ein Zivilprozess erst in drei oder vier Jahren beginnen kann, die Anzeige wegen Nachstellung monatelange liegenbleibt und das Opfer nicht weiterkommt, keine Hilfe erfährt. Man möge sich mal die Google-Bewertungen der verschiedenen Behörden anschauen. Alle beinhalten ausnahmslos Beschwerden über ellenlange Verfahrensdauern und mangelnde Erreichbarkeit am Telefon. Wir im Unterstützungsbereich sind diejenigen, die den Frust, teils die Aggressivität und Beleidigungen abbekommen und jetzt mit den Sparplänen (insbesondere kurz vor den Tarifverhandlungen der Länder) werden all diese Probleme nicht ernst genommen. Eher im Gegenteil. es ist ein absoluter Schlag ins Gesicht für alle in diesem Bundesland und nicht nur für die Justizangehörige. Es wird am absolut falschen Ende versucht zu sparen. Schade, dass wir Beamten nicht streiken dürfen. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht!

Claudia am 1. September 2025 um 12:27
Unfassbar!!!
Die Kampagnen für die Nachwuchsgewinnung kann man sich unter diesen Voraussetzungen direkt sparen.
Die Belastungen für die Hinterbliebenen Kolleginnen und Kollegen,
die noch nicht in Pension oder Rente gegangen sind -oder auch so geflüchtet sind-,
werden immer größer und sind jetzt schon kaum zu bewältigen.

Peter Krenzel Justizrat am 1. September 2025 um 13:57
Ist den Verantwortlichen der Zusammenhang zwischen der Bereitschaft der Wirtschaft in NRW zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen und einer gut funktionierenden Justiz klar?
Wir sorgen für Klarheit und Rechtssicherheit. Wir erteilen Erbscheine. Wir tragen Grundschulden ein und sichern damit Investoren ab. Wir führen Handelsregister. Bei uns sorgen Insolvenzgerichte für Ordnung in der Wirtschaft. Aus meiner Perspektive sind Einsparungen in unserem Bereich im Verhältnis zum Landeshaushalt so unbedeutend, dass es extrem unklug wäre internationale Investoren wegen dieser paar Groschen zu verunsichern.
Wir sind der unverzichtbare Standortfaktor! Bei uns wird genauso wie bei Autobahnbrücken in die Zukunft investiert.

Phil am 1. September 2025 um 14:21
Eine unabhängige Justiz benötigt einen Haushalt, der nicht nach Belieben gekürzt werden kann!
Gerne bezieht sich die Politik auf die funktionierende Justiz, um sich in der Öffentlichkeit gut darzustellen. Dazu gehört aber ein parteiübergreifender Konsens für einer vernünftige adäquate finanziell und personell ausreichende Ausstattung über mehrere Jahre.
Stattdessen wird dort gespart, wo der erwartete Widerstand gering erscheint.
Bereits mit der Kürzung beim Referendariat wurde eine Gruppe getroffen, die sich nicht wehren kann. Dabei ist klar, dass die personellen Engpässe hierdurch verstärkt werden.
Das wird in Kauf genommen, für eine Einsparung, die sich im Gesamthaushalt kaum bemerkbar macht. Demgegenüber steht der große Symbolwert. Die Justiz scheint der Landesregierung nichts wert zu sein! Die hierdurch hervorgerufenen Probleme treffen ja auch erst die nächste Regierung....

P.S. am 1. September 2025 um 15:06
Immer diese Einsparungen! Es kotzt einen langsam an! An elektronischer Ausstattung bekommen wir immer nur das „Billigste"; daher funktioniert auch nichts richtig!
Wie wär's, wenn die entsprechenden Minister mal ihre „Diäten" herabsetzen würden, dann wäre auch mehr Geld für die Justiz übrig!

C.K. am 1. September 2025 um 15:10
Ein funktionierender Rechtsstaat kann nur aufrechterhalten werden, wenn man genug Personal hat, um auch fristengerecht zu agieren. Viele der Kollegen sind am Limit oder auch schon dauerkrank aufgrund der Vielzahl von Akten, Eingänge und Verfügungen. Alles ist eilig und man übt nur noch Schadensbegrenzungen aus. Es ist nicht haltbar am Personal zu sparen, aber andererseits wird die Justiz immer mehr in Anspruch genommen, vor allem bei den Amtsgerichten. Die Pebb§y-Zahlen sind eine Farce. Die Fürsorgepflicht gegenüber dem Personal ist lachhaft. Die Kollegen, die noch da sind und alles versuchen aufrechtzuerhalten, werden noch nicht einmal gelobt, sondern nur noch angegangen, wenn es mal nicht läuft. Es ist traurig was sich im öffentlichen Dienst so abspielt. Man bekommt gesagt, die Starken müssen eben die Schwachen mit durchziehen. So was gäbe es in der freien Wirtschaft nicht. Überstunden werden gekappt, weil es kaum Möglichkeit gibt sie abzubauen. Man schießt sich ein Eigentor, wenn man gleitet, da man nicht vertreten wird bei einem Gleittag. Außerdem wird immer mehr am Material gespart. Man kommt sich vor wie ein Bittsteller um an Büromaterial zu kommen. Die Anschrift des Gerichts muss sogar auch noch händisch vom Mitarbeiter auf die Umschläge gestempelt werden. Wo leben wir eigentlich…
Und die elektronische Akte kam viel zu spät. Sie hätte schon viel eher in Betrieb genommen werden müssen. Außerdem müsste es viel mehr Schulungen geben. Die Quereinsteiger haben es da wirklich schwer. Sie müssen im laufenden Betrieb eingearbeitet werden und Rückstände werden somit auch in Kauf genommen.
Ich hoffe, dass es für die Jugend besser wird.
Vielleicht sollte der Justizminister sich mal einen Tag auf eine Geschäftsstelle setzen.

Kerstin am 1. September 2025 um 16:15
Ich bin definitiv gegen die Sparmaßnahmen!
Mit solchen Maßnahmen schießt sich die Justiz noch weiter ins Abseits.
Die Devise muss lauten investieren statt einsparen!!

Alberta am 1. September 2025 um 16:42
Das Dienst- und Treueverhältnis ist keine Einbahnstraße, wird aber leider bereits seit Längerem vom Dienstherrn so verstanden.
Es ist nicht möglich, von den Mitarbeitenden seit geraumer Zeit Leistungen von weit über 100 % zu verlangen, aber nichts im Gegenzug zu liefern. Prall gefüllte Stundenkonten werden nach Erreichen der Maximalstunden gekappt. Abbau der Überstunden wegen der Personaldecke natürlich nicht möglich.
Es ist die grundlegendste Pflicht des Dienstherrn, für ausreichend Personal zu sorgen und ausreichend Stellen zu schaffen sowie die vorhandenen zu besetzen.

Michaela am 1. September 2025 um 19:56
Bitte nicht. Gesundheitlich und menschlich nicht tragbar.

Ina Spickermann am 1. September 2025 um 20:45
Die Justiz ist ein viel zu sensibles Instrument, um noch weiter kaputtgespart zu werden!! Schon jetzt sind die Mitarbeiter am Limit, die IT-Ausstattung veraltet und die Digitalisierung spart weder Zeit noch Personal. Und die Staatsanwaltschaften sind im „Unterbau“ völlig unterbesetzt…durch weitere Einsparungen und dann noch weniger Bürgerservice – der ohne Personal nun mal nicht zu leisten ist – geht nur noch mehr Vertrauen in unseren Rechtsstaat verloren…das muss doch auch einer Landesregierung einleuchten…ich denke, Herr Reul wird das ähnlich sehen.

Andrea am 2. September 2025 um 6:57
Alles was hier gesagt wurde ist richtig und dem schließe ich mich vollumfänglich an.

Petra am 2. September 2025 um 8:13
Kommentar fast überflüssig! Die Justiz wird jetzt schon nicht mehr ernst genommen.
Es läuft kaum noch etwas rund. Telefonisch jemanden zu erreichen, ist fast aussichtlos.
Das stresst das Personal und den Ablauf enorm. Stress ist kontraproduktiv und erhöht die Fehlerquote. Außerdem krankheitsbedingte Ausfälle und noch mehr Stress für das verbleibende Personal.
Man ist nur noch sprachlos.
Bei den Sachmitteln sollte allerdings etwas mehr Sorgfalt an den Tag gelegt werden.
Technik ist wichtig!
Bei neuem Mobiliar oder Ausstattung von Hallen, Fluren, etc. sollte schon etwas sorgfältiger vorgegangen werden und nicht nach dem Motto „weg damit und neu“ verfahren werden.
Unnötige Anschaffungen können wir uns schon lange nicht mehr leisten.
Die Entscheider sollten viel umsichtiger mit Steuergeldern umgehen, was allerdings nicht nur ein Problem in der Justiz ist.

Roman Beloglazov am 2. September 2025 um 8:24
Ein in meinen Augen sehr fatales und kontraproduktives Signal, man sollte sich nicht wundern warum so gut wie niemand mehr in der Justiz arbeiten möchte.
Auch mir kam der Gedanke, die Justiz zu verlassen und mich beruflich komplett neu zu orientieren.

Pitzner am 2. September 2025 um 8:36
Eine Werbung für zukünftige Mitarbeiter ist das nicht.
Die Justiz steht immer hinten an uns fehlt die Lobby wie bei Lehrern und Polizeibeamte.
Die Justiz ist ein Organ der Rechtspflege und sollte einen höheren Stellenwert haben.
Rückstände in den Gerichten baut man so nicht ab.
Die Kollegen werden immer älter und schaffen das ganze evtl. nur auf Kosten der Gesundheit.
Stellenaufbau und mehr finanzielle Mittel sind daher gefordert.

Rebekka Meier-Turski am 2. September 2025 um 8:58
Die Gerichte und Staatsanwaltschaften arbeiten am Limit und dann soll noch weiter gespart werden? Was ist das Sparziel? Die absolute Handlungsunfähigkeit?
Als Justizbeschäftigte kann ich die Sparpläne absolut nicht nachvollziehen.

S. am 2. September 2025 um 9:21
Es ist eine Schande, wie zugelassen und sogar gefördert wird, dass der Rechtsstaat vor die Wand fährt! Der Preis, den diese Kürzungspolitik kostet, wird deutlich höher sein als die Einsparungen.

Klema am 2. September 2025 um 9:37
Überall hört man nur, dass alle Gerichte und Staatsanwaltschaften zu schlecht besetzt sind, die Kollegen gehen nach und nach in Rente oder Burn-Out… Trotzdem soll nun noch mehr gekürzt werden? Das ist eine Sache der Unmöglichkeit!
Selbst die Gericht, die am besten besetzt sind, haben zu hohe Pensen, als dass die Arbeit ordentlich gemacht werden kann, geschweige denn, dass die Mitarbeiter nicht überlastet sind.

K. am 2. September 2025 um 10:43
Das wäre ein weiteres, fatales Signal in Richtung der rechtschaffenden Bürger dieses Landes.

Born am 2. September 2025 um 13:09
Hin und wieder einfach mal Nachrichten schauen:
https://www.tagesschau.de/inland/justiz-ueberlastung-100.html

Mayer am 2. September 2025 um 12:40
Unfassbar! Statt die überlastete Justiz in NRW endlich zu stärken, sollen jetzt auch noch Stellen gestrichen werden. Verfahren dauern schon ewig, Bürger warten auf Rechtssicherheit – und die Politik legt die Axt an. Das ist ein Schlag ins Gesicht für Rechtsstaat und Gesellschaft!

Andrea am 2. September 2025 um 13:39
Ein Uhrwerk funktioniert nur, wenn alle nötigen Zahnräder vorhanden sind. Sollte an nur einem Zahnrad gespart werden, dann steht das Uhrwerk still.

Daggiedag am 2. September 2025 um 15:50
Anstatt mal wirklich Anreize zu schaffen, scheint es mir fast so, als ob unsere Regierung auch noch den letzten motivierten Mitarbeitern den Gnadenstoß geben möchte. Dann sind bald gar keine mehr da...
Da fasst man sich nur noch an den Kopf. Naja, Hauptsache in der Politik wird Geld verdient, da muss sich ja Gott sei Dank keiner Sorgen um seine berufliche Zukunft machen und ob die Rente reicht. Wer will denn mit diesem trostlosen Aussichten noch in den öffentlichen Dienst? # protest

Simon am 2. September 2025 um 16:49
Auch ich schließe mich an. Alles richtig. Keine Wertschätzung, geringe Besoldung, viele Stunden und keine positive Perspektive.
Oft auch aufgrund der gegebenen Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst ein schlechtes Arbeitsklima.
Mobilar, Optik und die technische Ausstattung unserer Dienststellen (einige haben den Charme einer Dienststelle hinter dem Eisernen Vorhang der 80er Jahre) ganz zu schweigen. Von Schadstoffbelastungen will ich lieber gar nicht erst anfangen..

ITD Mitarbeiter am 3. September 2025 um 7:56
Wir haben schon jetzt enorme Probleme qualifiziertes Personal anzuwerben und zu halten. Zusätzliche Einsparungen wären ein Todesstoß für die digitalisierte Justiz NRW – schon heute würde eine großflächiger Streik beim ITD zu irreversiblen Imageverlust der Justiz führen und den Betrieb für Monate einschränken und in die analoge Steinzeit zurückversetzen. Viel Spaß mit der Reaktion der Presse!

Nadja Fischer am 3. September 2025 um 8:52
Weitere Sparmaßnahmen zwingen alle Bediensteten in die Knie. Die Arbeitsbelastung ist so hoch.
Die Nachwuchsgewinnung ist sehr schwierig. Junge Leute gehen lieber in die Stadtverwaltung (mit einem Diplom in Rechtspflege) anstatt bei einem Gericht zu arbeiten.
Etwas läuft ungeheuerlich schief.
Es ist auch immer wieder komisch wie „überraschend plötzlich“ Kollegen in Pension/Rente gehen.
Es war lange bekannt, dass die Babyboomer Generation in den nächsten Jahren weg ist.
Es wurde und wird immer viel zu spät gehandelt.
Von der Beförderungssituation will ich gar nicht sprechen.....

Susanne Paulowitz am 3. September 2025 um 10:52
Die geplanten Kürzungen im Justizhaushalt sind fatal. Schon jetzt sind Gerichte und Staatsanwaltschaften überlastet und Verfahren ziehen sich in die Länge. Das Personal kämpft täglich mit der amateurhaften Ausstattung und ist ständig unterbesetzt. Wertschätzung gibt es nicht.
Kein Wunder, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat leidet.

Hechtenberg am 3. September 2025 um 11:09
Es nützt nicht auf den Sozialenplattformen für Personal zu werben und das Blaue vom Himmel zu versprechen „Der Mensch im Sinn". Durch die mangelnde Investiti-on in die Zukunft für eine moderne u. unbürokratische Justiz mit Fokus auf den Menschen/Bürger, kann das ausgebildete Personal nicht gehalten werden. Dieses verlässt nach seiner Ausbildung die Justiz zu den kompetenter Abreitgeber, wie die Städte. Daher wird empfohlen auch weiter über die Einstellungsmaßnahmen Hin-auszudenken. Nur ein gutes Arbeitsklima mit sozialer Bindung zum Arbeitgeber hält gut ausgebildete Kräfte auf Dauer und lässt diese gut arbeiten, die reine Verbeam-tung alleine reicht nicht aus.

Melanie am 4. September 2025 um 6:53
In der Justiz läuft es schon lange nicht mehr rund. Fehlende Wertschätzung, dauerkranke Kollegen, Neid, Hinterhältigkeit und das Alles nur, damit man schneller befördert wird oder nicht noch mehr arbeiten/vertreten muss. Kein Wunder dass der Nachwuchs lieber in die freie Wirtschaft geht und die Justiz guckt wo sie bleibt, auf so Zustände und Kollegen hat man nun wirklich keine Lust.
Dieser Zustand wird mit den Sparmaßnahmen noch schlimmer werden, sodass es noch mehr Unruhe, Unfrieden und Erkrankungen geben wird. Aber es scheint ja auch niemanden so wirklich zu interessieren.

MS am 4. September 2025 um 8:39
Es ist einfach sehr frustrierend. Viel mehr kann man kaum noch hinzufügen.
Die Technik ist ein großes Problem, die IT ist völlig überfordert und überlastet.
Als Beispiel: Mein Homeoffice-Laptop ist nicht mal WLAN fähig- ich kann ihn unter dem Strich gar nicht benutzen!
Die Überstunden häufen sich und da Homeoffice sowieso nicht geht, gehe ich von meinen Überstunden zum Arzt etc. Sonst komme ich kaum dazu, die Stunden zu minimieren. So sieht es bereits jetzt schon aus!
Wir bekommen aktuell schon nicht mehr alle erforderlichen Arbeitsmaterialien gestellt, werden am Telefon von den Leuten ausgelacht, da wir keine Emails beantworten dürfen und stattdessen auf die Nutzung von Faxgeräten verweisen müssen.
Das sind Beispiele für Zustände, die die Verantwortlichen gar nicht erst mitbekommen.
Es läuft schon länger gar nicht mehr gut. Jetzt auch noch am Personal und weiter an der Technik zu sparen wäre ein absolut falsches Zeichen! Ich erwarte kein Lob für unsere Arbeit, aber ständig (teilweise unnötiger) Mehrbelastung ausgesetzt zu sein erhöht das Frustrationslevel noch mehr und sorgt dafür, dass die Arbeitsqualität zunehmend leidet- von der Gesundheit ganz zu schweigen!
Es sollte sich daher dringend die Frage gestellt werden, ob es im Sinne der Allgemeinheit und der Rechtsstaatlichkeit sein kann nun weitere Sparmaßnahmen zu ergreifen.

Anonym am 4. September 2025 um 11:36
Wer hofft noch auf Beförderung?
Bitte bitte endlich endlich mehr Personal, das ausfallende Kollegen ersetzen könnte.

Nikolai am 4. September 2025 um 18:55
Die geplanten Kürzungen im Justizhaushalt 2026 sind ein schwerer Fehler. Schon heute arbeitet die Justiz in NRW am Limit: überlastete Gerichte, lange Verfahren und unbesetzte Stellen sind an der Tagesordnung. Wer in dieser Situation weitere 200 Stellen sperrt und zusätzlich 100 Millionen Euro bei Sachmitteln streicht, schwächt den Rechtsstaat und untergräbt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Demokratie.
Stellensperrungen sind nichts anderes als versteckte Streichungen – mit der Folge, dass dringend benötigte Arbeit liegen bleibt. Leidtragende sind sowohl die Beschäftigten, die noch mehr Belastung tragen müssen, als auch die Menschen, die auf eine funktionierende Justiz angewiesen sind. Besonders widersprüchlich wirkt der Umgang mit dem Nachwuchs: Einerseits investiert das Land in Kampagnen zur Gewinnung junger Fachkräfte, andererseits zerstört es deren Perspektiven durch fehlende Übernahmen.
Eine starke, handlungsfähige Justiz ist die Grundlage für Vertrauen in unseren Rechtsstaat. Nur wenn Verfahren zügig und gerecht ablaufen, wenn Ausstattung und Personal gesichert sind, können die Menschen erleben, dass Demokratie und Rechtsstaat tatsächlich verlässlich für sie da sind.

Angelika Bergmeier am 6. September 2025 um 0:13
Eine sehr gute Darstellung. Es ist unverantwortlich, die Justiz immer mehr zu schwächen!
Ich kann nur sagen, dass ich es über Jahre miterlebt habe, wie man die Justiz immer mehr „ausbluten“ lässt und kann nur sagen, dass ich froh bin in Rente zu sein.
Wie wenig man die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wertschätzt, ist wirklich unglaublich. Mein Mitgefühl ist bei den ehemaligen Kollegen und Kolleginnen.

Sue am 5. September 2025 um 6:31
Die Arbeitssituation bei der Justiz wird immer schlechter. Wir sind unterbesetzt und durch die chronische Überlastung haben wir auch eine größere Krankheitsrate, die aufgefangen werden muss. Wie soll der Rechtsstaat richtig funktionieren, wenn noch mehr eingespart wird. Vielleicht sollte man mal an aller erster Stelle im Bundestag einsparen.

Robert am 5. September 2025 um 8:02
Als Beschäftigte*r in der Serviceeinheit erlebe ich jeden Tag, wie sehr unsere Justiz bereits heute an der Belastungsgrenze arbeitet. Die angekündigten Stellensperrungen und Einsparungen bei den Sachmitteln treffen genau diejenigen, die den Betrieb am Laufen halten – und das unter ohnehin schon schwierigen Bedingungen.
Ohne ausreichendes Personal ist eine zuverlässige Aktenbearbeitung, Terminvergabe und Kommunikation mit Bürger*innen und Verfahrensbeteiligten kaum noch möglich. Die Qualität unserer Arbeit leidet, und damit auch das Vertrauen in die Justiz. Besonders bitter ist es zu sehen, wie unsere gut ausgebildeten Auszubildenden nach bestandener Prüfung im Ungewissen gelassen werden – trotz des hohen Bedarfs.
Wir investieren in Nachwuchsgewinnung, in Schulungen und Modernisierung – und dann sollen gerade hier die Mittel gestrichen werden? Das ist weder nachhaltig noch gerecht. Wir in der Serviceeinheit sind nicht das ‚Verwaltungsanhängsel‘ der Justiz, sondern ihr Rückgrat. Diese Sparpläne gefährden die Arbeitsfähigkeit und die Zukunft der Justiz massiv.

Daniela am 5. September 2025 um 9:22
Es ist einfach nicht mehr zu fassen!!! Wo ist hier die Fürsorgepflicht für uns? Diese wird dermaßen verletzt, dass man schon darüber nachdenken müsste hier rechtliche Schritte einzuleiten!

Maria G. am 5. September 2025 um 9:30
Ich bin fassungslos und entsetzt über so viel Naivität unserer Landesregierung!
Wer glaubt, die Justiz könne in Zeiten der Umstellung aller Systeme auf die eAkte, die sowohl die Technik als auch das Personal vor eine der größten Herausforderungen der letzten Jahre stellt, und in Zeiten immer weiter wegbrechender Personaldecke mit weiteren Einsparungen in diesen Bereichen weiter funktionieren, kann nur als naiv bezeichnet werden!
Ich bin seit 40 Jahren bei der Justiz und sehe, dass es kurz vor 12 ist, bevor sie kollabiert! Es gibt bereits jetzt viele Bereiche, in denen gesetzliche Vorgaben in Verfahrensabläufen nicht mehr eingehalten werden können, weil das Personal fehlt und die fehleranfällige Technik hindert. Gestern hörte ich z. B. aus einem Notariat, dass von einem Gericht in NRW nicht einmal mehr Grundbuch-Eintragungsnachrichten übersandt werden, weil dies dort personell nicht mehr machbar sei. In anderen Bereichen hat diese sicherlich noch viel weitreichendere Folgen, als ein Notariat „nur" in Haftungs-Probleme zu stürzen...
Wir Mitarbeiter der Justiz geben in allen Bereichen seit Jahren bereits viel mehr als gesund ist. Ich vermisse schon lange die Wahrung der „Fürsorgepflicht" durch meinen Dienstherrn, der uns Einzelne immer mehr Arbeit aufbürdet, weniger Beförderungsstellen bereitstellt und für den offensichtlich „Wertschätzung" ein unbekanntes Wort ist. Die Folgen sind bekannt und dürften auch dem Minister nicht verborgen geblieben sein: Überlastung, Frust, Anfeindungen untereinander, Stress-Depression, Langzeiterkrankungen, Frühpensionierungen und Abwanderungen. Diejenigen, die noch übrig sind, werden nicht geschützt, um zu verhindern, dass auch sie krank werden. Die Arbeit wird verteilt, nach dem Motto: „Die vorhandene Arbeit ist auf die vorhandenen Mitarbeiter zu verteilen." Sorry, so kann man keine Mitarbeiter führen und einen komplexen Apparat funktionstüchtig halten!
Und in diese Situation hinein, die nach einem vereinten Engagement und nach Investitionen der Landesregierung verlangt, noch Einsparungen anzukündigen, ist der Dolchstoß für die Justiz!
Dieses Negativ-Signal wird an der Arbeitsfront als Ohrfeige für das übermäßige Engagement der letzten Jahre, die viel zu viele Arbeit noch irgendwie zu schaffen, empfunden! Wie weit soll das „Arbeitsmaterial" Mensch denn noch wie eine Zitrone ausgequetscht werden?
Es ist Zeit, aus dem Dornröschenschlaf aufzuwachen und anstatt Einsparungen anzupeilen, sich endlich mit aller Kraft für die Funktionstüchtigkeit unserer Justiz einzusetzen!

A.C. am 5. September 2025 um 9:51
Als Beschäftigter in der Justiz sehe ich mit großer Sorge auf die geplanten Einsparungen. Der Dienstherr hat eine klare Fürsorgepflicht gegenüber seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wer Personal weiter abbaut oder zusätzliche Belastungen schafft, gefährdet nicht nur die Gesundheit und Motivation der Beschäftigten, sondern schwächt auch die Funktionsfähigkeit der gesamten Justiz.
Dabei ist die Justiz keine ‚beliebige Behörde', an der man nach Kassenlage kürzen kann. Sie ist eine tragende Säule unseres Rechtsstaates. Wenn Verfahren sich immer weiter verzögern, Urteile auf sich warten lassen und Bürgerinnen wie Bürger kein Vertrauen mehr in die Verlässlichkeit der Gerichte haben, dann wankt das Fundament unserer Demokratie.
Deshalb erwarte ich von meinem Dienstherrn, dass er nicht auf kurzfristige Einsparungen setzt, sondern endlich langfristig in Personal, Ausstattung und Strukturen investiert.
Eine starke Justiz bedeutet nicht nur bessere Arbeitsbedingungen für uns Beschäftigte – sie ist zugleich ein unverzichtbarer Garant für den Schutz der Rechte aller Menschen in unserem Land.
Auf dem Punkt gebracht: Wer an der Justiz spart, riskiert das Vertrauen in unseren Rechtsstaat. Ohne eine starke Justiz gibt es keinen starken Rechtsstaat und daher sind Investitionen in die Justiz gleich Investitionen in die Zukunft unserer Demokratie!

Rechtspflegerin am 5. September 2025 um 11:45
Bei den Staatsanwaltschaften herrscht schon jetzt extremer Personalmangel vor allem bei den Geschäftsstellen. Die Rückstände betragen teilweise 7 bis 8 Monate.
Das führt dazu, dass örtliche Zeitungen und Rechtsanwälten ihren Mandanten raten, doch einfach Einspruch gegen Bußgeldbescheide einzulegen, denn „bis das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft eingetragen wurde, ist die Sache schon längst verjährt". Und leider entspricht das der Wahrheit.
Gibt es dann doch mal rechtskräftige Entscheidungen, die zu vollstrecken sind, werden die Akten wegen der Rückstände erst Monate später vorgelegt. Danach dauert es noch mal mehrere Monate, bis überhaupt eine Rechnung erstellt wird. Da können zwischen rechtskräftiger Entscheidung und Zahlungsaufforderung schon mal anderthalb Jahre liegen. Danach könnte man zwar grundsätzlich die Entscheidung vollstrecken, hier entstehen aber auch wieder Probleme.
Es droht schon jetzt unzulässige Vollstreckung, weil Ratenanträge nicht vorgelegt werden und deshalb Zwangsmaßnahmen ergriffen werden. Es gehen regelmäßig Beschwerden der Verurteilten ein, als Rechtspfleger können wir aber nichts unternehmen, außer uns für Umstände zu entschuldigen, für die wir nichts können.
Fristen werden nicht rechtzeitig vorgelegt, Stellungnahmen zu bedingten Entlassungen werden zum Beispiel zu spät oder gar nicht angefordert. Strafzeitberechnungen können nicht rechtzeitig kontrolliert werden, es besteht die Gefahr, dass Verurteilte zu lange inhaftiert sind.
Die Bürger verlieren nach und nach das Vertrauen in die Justiz und wir können es ihnen nicht einmal verübeln.

Hilde am 5. September 2025 um 11:48
Ja, viele Bereiche der Justiz gehen wirklich am Limit (Staatsanwaltschaften, Verwaltungsgerichte etc.). Ja, kaum ein Absolvent hat heute noch das Ziel Richter zu werden. Warum? Für das Gehalt rührt sich niemand mehr. Das einzige, was den öffentlichen Dienst vielleicht noch attraktiv macht, sind die Beihilfe und die Pension. Beides wird immer wieder lauthals kritisiert. Wenn diese beiden Säulen auch noch fallen, wird der öffentliche Dienst kein Problem mehr mit Stellenstreichungen oder Stellensperren haben, denn es wird sich ohnehin niemand mehr bewerben. Das Gehalt ist über die Jahre immer weiter hinter der Wirtschaft zurückgeblieben, die Ausstattung ist miserabel, die IT funktioniert viel zu oft nicht ….
Wo noch sparen? Sparen mit Köpfchen!! Wieviel Servicekräfte braucht man durch die immer weiter zunehmende Digitalisierung wirklich noch? Gibt es in der Justiz (Fach-)bereiche, in denen möglicherweise auch Richterstellen abgebaut werden könnten (JA)? Sparen mit Augenmaß nicht mit dem Rasenmäher!!!!

Nadja am 5. September 2025 um 12:08
Wer jetzt spart, zahlt später doppelt!
Schon seit Langem kämpfen die Behörden mit Überlastung, langen Verfahrensdauern und zunehmendem Personalmangel. Eine weitere personelle und materielle Einsparung gefährdet nicht nur die Funktionsfähigkeit der Justiz, sondern schwächt auch das (ohnehin schon angeknackste) Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen handlungsfähigen (Rechts)Staat.
Eine funktionierende Justiz ist keine verzichtbare Stelle, sondern ein zentraler Pfeiler der Demokratie. Gerade in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Spannungen, steigender Kriminalität in bestimmten Bereichen und wachsender Komplexität von Verfahren ist eine starke Justiz wichtiger denn je!
Die geplante Sperrung von 200 Stellen in der Justiz sowie Einsparungen von rund 100 Millionen Euro bei den Sachmitteln stellen ein bedenkliches Signal für die Zukunft der Rechtsstaatlichkeit in Nordrhein-Westfalen dar.
Statt Kürzungen braucht es Investitionen – in Personal, digitale Infrastruktur und Weiterbildung.
Wer jetzt spart, zahlt später doppelt!

Durch längere Verfahren, immer weniger Nachwuchs, höhere Belastungen für die verbleibenden Bediensteten und letztlich durch Vertrauensverluste in den (Rechts)Staat.
Ich bitte die Landesregierung diese Pläne noch einmal zu überdenken und gemeinsam mit Justiz, Verbänden und der Zivilgesellschaft nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.

Bettina Spengemann am 5. September 2025 um 12:26
Ich kann nur noch den Kopf schütteln. Nach über 40 Jahren bei der Justiz frage ich mich, was ist aus einer funktionierenden 3. Gewalt nur geworden????
Wir wollen Bürokratieabbau anstatt Demokratieabbau...
Wir wollen keine Stellensperrungen und Mittelstreichungen.....
Wir wollen, dass der Bürger wieder Vertrauen in die Justiz hat...
Wir wollen mehr Personal, wenn die Boomer bald alle weg sind....
Wir wollen moderne Arbeitsbedingungen, um konkurrenzfähig zu werden usw.
Was passiert aber durch die geplanten Einsparmaßnahmen????
· Überlastung in allen Bereichen
· Höhere Krankenstände
· Vorzeitige Abgänge in Rente und Ruhestand
· Junge, neue Kollegen und Kolleginnen wandern zu attraktiveren Arbeitgebern ab
· Bearbeitungszeiten verlängern sich weiter; Fristen können nicht eingehalten werden
· Funktionalität der Justiz wird schwer aufrechtzuerhalten sein
· Vertrauen in Dienstherrn schwindet
Und was ganz bedenklich ist...wie kann man viel Geld in die Nachwuchsgewinnung stecken, wenn nicht sicher ist, dass man nach der Ausbildung übernommen wird?
Einsparungen am falschen Ende haben noch nie was gebracht!
Ist nur schade, wenn Entscheidungsträger das erst hinterher merken.

Petra am 5. September 2025 um 13:42
Die geplanten Stellensperren und Kürzungen im Haushalt 2026 sind ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten. Eine ohnehin ausgeblutete Justiz weiter auszuhungern, gefährdet nicht nur die Arbeitsfähigkeit der Kolleginnen und Kollegen, sondern den gesamten Rechtsstaat. Stellensperren sind nichts anderes als versteckte Streichungen. Wer junge Menschen ausbildet, ihnen aber keine Zukunft in der Justiz bietet, verspielt Vertrauen und Glaubwürdigkeit. So darf mit der Justiz und ihren Beschäftigten nicht umgegangen werden!

Lukas am 5. September 2025 um 16:12
Dass in einer ohnehin schon überlasteten Justiz weitere Stellen „gesperrt“ und dringend benötigte Mittel gekürzt werden sollen, ist nicht hinnehmbar. Schon jetzt fliehen die neuen Kolleginnen und Kollegen innerhalb kürzester Zeit zu attraktiveren Arbeitgebern, weil der Druck und die Unzufriedenheit zu groß und die anderen Arbeitgeber moderner sind. Die Folge sind Verfahrensverzögerungen, noch höhere Belastungen der noch durchhaltenden Kolleginnen und Kollegen und immer weiter sinkende Attraktivität für den Nachwuchs. Wer Rechtsstaatlichkeit ernst nimmt, darf die Justiz nicht kaputtsparen. Das viele Geld für die Nachwuchsgewinnungskampagnen hätte dann auch schlauer investieren können.

Mike am 5. September 2025 um 16:21
Einsparungen beim Personal sind betriebswirtschaftlich sinnvoll, wenn die Produktivität darunter nicht leidet. Die stetig wachsenden Herausforderungen an die Justiz unter den organisatorischen und (IT-) technischen Voraussetzun-

gen kann mit dem derzeit vorhandenen Personal nur auf Kosten (der Gesundheit) der vorhandenen Mitarbeiter*innen bewältigt werden. Die Einsparungen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit haben eine Botschaft und ein klares Signal: Ihr seid entbehrlich und eure Arbeitskraft nicht notwendig! Warum lernen wir nicht aus der Vergangenheit? Das gab es schon einmal! Warum machen wir diesen Fehler schon wieder?
Wenn bei einem Bauwerk, welches auf drei Säulen steht, eine Säule an Standhaftigkeit und Kraft verliert, kann das gesamte Bauwerk zerstört werden!
Innovative und kostenintensive Personalgewinnungsmaßnahmen für den Nachwuchs können nicht erfolgreich sein, wenn ausgebildete Menschen nicht übernommen werden oder sie an den Mitarbeiter*innen der Gerichte erleben, welche gesundheitlichen Folgen ein Arbeitsplatz in der Justiz hat. Ein attraktiver und moderner Arbeitgeber tritt anders auf.

Miriam am 5. September 2025 um 17:03
Ein funktionierender Rechtsstaat ist für Demokratie und Wirtschaft unerlässlich ! In der Justiz ist jeder Tag ein Kampf gegen Aktenberge und disfunktionale IT. Eine öffentliche Unterstützung mit Forderungen nach mehr Personal und besserer Ausstattung ist anders als im Schulbereich nicht vorhanden, weil es weder in der Natur der in der Justiz arbeitenden Menschen liegt, lauthals auf ihr Problem aufmerksam zu machen und öffentlichkeitswirksam Forderungen zu stellen noch einer unserer „Kunden“ auf diese Idee käme... Ergebnis: Würde man Geld in die Justiz investieren, würde dies außerhalb der Justiz nicht zu Wählerstimmen führen, also lässt man es. Gesetze und Verfahren werden immer komplexer, häufig mit internationalen Bezügen, so dass eine routinemässige Abarbeitung wie in der Aktenmasse erforderlich nicht möglich ist. Ergebnis: Arbeit am Abend oder Wochenende. Erforderlich sind nicht Kürzungen, sondern Stärkung von Personal und Ausstattung. Die Politik fordert schnelles und sorgfältiges Handeln der Justiz und entzieht zugleich die hierfür erforderlichen Mittel.

Daniela B. am 5. September 2025 um 17:46
Unfassbar wie mal wieder am falschem Ende gespart wird. Nicht umsonst fällt ein Mitarbeiter nach dem anderem aus weil sie einfach nicht mehr können. Jede Abteilung ist überlastet. Man wird immer wieder neu vertröstet das es besser wird aber es wird immer schlimmer und die Wertschätzung ist nicht vorhanden. Und jetzt dürfen die, die aufstocken möchten es nicht tun und neue Mitarbeiter bekommen wir nicht, auch wenn immer mehr Leute kündigen. Ich prophezeihe bereits jetzt, es kann nur noch schlimmer werden!

Kerstin Weyers am 5. September 2025 um 20:27
Wir sind jetzt schon alle am Limit. Die Erledigungszeiten sind jetzt schon sehr hoch. Kollegen, die in den Ruhestand gehen, werden nicht ersetzt, die Beschwerden nehmen zu... und jetzt soll noch mehr gespart werden? Wo soll das noch hinführen. Für alles ist Geld da, aber die Justiz soll kaputtgespart werden. Das wird zu einem noch höheren Krankheitsstand führen, denn die, die noch da sind, werden durch die ganze Mehrbelastung, weil kein neues Personal kommt, auch irgendwann nicht mehr können. Da kann man nur noch mit dem Kopf schütteln

Nicole am 6. September 2025 um 11:02
Ich kann mich allen Kommentaren nur anschließen. Genauso ist der Zustand.
Wir sind im freien Fall. Das ganze System wird irgendwann zusammenbrechen wenn das so weitergeht.

Burkhard am 6. September 2025 um 13:37
es wird immer weiter gespart auf kosten aller kolleginnen und kollegen
alle wissen wo das hin führen wird nur nicht die handelnden politik
machen sie so nicht weiter

Marina am 8. September 2025 um 8:49
Es sind doch jetzt schon viel zu wenige Mitarbeiter vorhanden. Da braucht man sich doch nur mal die riesige Menge an nicht bearbeiteten Akten bei den Staatsanwaltschaften anschauen. Nicht umsonst verlassen immer mehr Mitarbeiter den öffentlichen Dienst. Will man den Rest auch noch vergraulen...

Emine am 8. September 2025 um 10:32
Gegen die Sparmaßnahmen in der Justiz!!!
Man geht mit Bauchschmerzen zur Arbeit und kommt mit Kopfschmerzen wieder raus.
Alles ein Produkt der Sparmaßnahmen.
Das Pensum wird immer weiter verdichtet, der Ton wird schärfer, Stress kaum noch erträglich.
Es werden an falschen Stellen Geld und Personalstellen gekürzt.

Ju am 8. September 2025 um 13:18
Da muss man jedes Jahr seine Zeit aufwenden für die Hospitation der Anwärter und die Ausbildung. Die Ausbildung wird immer aufwendiger und komplizierter. Und wofür? Damit am Ende von den wenigen Kollegen die da bleiben noch weniger bleiben können? Gegen die Stellenkürzung- und Streichung!

Christina Morell am 9. September 2025 um 12:16
Eine starke, unabhängige Justiz ist für die Demokratie und das Vertrauen in den Rechtsstaat essentiell – das zeigen aktuelle Beispiele wie Polen oder die USA. Die engagierten Kollegen dort sind in diesen Tagen für uns alle eine Inspiration und ein Vorbild. Nur: Solches Engagement gibt es nicht zum Nulltarif. Es wächst nur auf dem Boden eines Selbstbewusstseins und Vertrauens darin, dass die Justiz eine tragende Säule des Rechtsstaats ist. Die fehlgeleitete Sparpolitik (wie viele Stellen spart das JM denn bei sich selbst ein?) und an manchen Stellen auch der fehlende Reformwille unterminieren den Glauben der Richter*innen und der Beschäftigten, dass ihre Arbeit wertgeschätzt wird. Auf die Dauer führt das zu Frust, Dienst nach Vorschrift, überlangen Verfahren und einer weiteren Erosion des Vertrauens in die Justiz als unabhängige Kontrollinstanz. Die Mahnungen der Europäischen Kommission, die Justiz endlich besser auszustatten, werden seit Jahren ignoriert – in großen, komplexen Verfahren steht die Justiz mittlerweile oft als überfordert, den Aufgaben nicht mehr gewachsen, da (s. Cum-ex- und Cum-cum-Verfahren, wo die Verjährung droht und weite Teile aufgrund mangelnder Strukturen überhaupt nicht aufgeklärt sind und Steuermilliarden nicht zurückgeholt werden).
Es gibt viele Wege, Haushaltslöcher zu stopfen (verfassungswidrige Erbschaftsteuer-Schlupflöcher stopfen als Beispiel) – eine am Limit laufenden Justiz weiter zu belasten, gehört sicher nicht dazu.

Donate Quadflieg am 16. September 2025 um 9:52
Die Sorge des Kollegen Stelter und diesen Appell teile und unterstreiche ich : der Kommunalwahlkampf hat mir wieder einmal vor Augen geführt, dass das Ansehen von Staat und Organen dringend ein Upgrade braucht – KollegInnen, die Zufriedenheit mit ihrer Tätigkeit und ihrem modernen Arbeitsplatz vermitteln können, tragen hier entscheidend bei.

Angelika Bergmeier am 6. September 2025 um 0:13
Eine sehr gute Darstellung. Es ist unverantwortlich, die Justiz immer mehr zu schwächen!
Ich kann nur sagen, dass ich es über Jahre miterlebt habe, wie man die Justiz immer mehr „ausbluten“ lässt und kann nur sagen, dass ich froh bin in Rente zu sein.
Wie wenig man die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wertschätzt, ist wirklich unglaublich. Mein Mitgefühl ist bei den ehemaligen Kollegen und Kolleginnen.

Sebastian Siemko am 8. September 2025 um 6:22

Mangelnde Sicherheit und Personal am Amtsgericht!
Wir erleben bereits jetzt, dass an unserem Amtsgericht an allen Ecken gespart wird. Es gibt keinen einzigen Dienstzweig, in dem wir auch nur ansatzweise ausreichend besetzt wären. Noch besorgniserregender ist, dass auch an unserer Sicherheit gespart wird. Wir erhalten nicht einmal die notwendige Ausrüstung, um uns bei kommenden Eskalationen wirklich schützen zu können, da angeblich „kein Geld da ist".
Wie soll ich unter diesen Bedingungen in eine Zelle mit einem renitenten Gefangenen gehen, wenn ich weiß, dass mein Dienstherr nicht bereit ist, Geld für meine Sicherheit auszugeben?
Auch die Kolleginnen und Kollegen auf der Geschäftsstelle und im gehobenen Dienst sind am Limit. Wir sehen, wie sie unter der Belastung krank werden, was wiederum die Arbeitslast für die verbleibenden Mitarbeiter noch weiter erhöht. Die neuen Sparpläne sind für uns alle die nächste Ohrfeige. Es ist unerträglich zu sehen, wie diese Sparmaßnahmen auf dem Rücken der gesamten Belegschaft ausgetragen werden.

Diana am 8. September 2025 um 8:27
Ich überlege schon länger, die Justiz zu verlassen, da es von der Arbeitsbelastung einfach immer mehr und mehr wird. Gerade den jungen Leuten wird deutlich mehr abverlangt, wodurch man total verheizt wird. Es dankt einem keiner und jetzt sollen auch noch Stellen gestrichen werden? Wer soll das denn alles auffangen? Das ist nur noch ein Grund mehr, um das sinkende Schiff zu verlassen. Die Leute fehlen an ALLEN Stellen. Während das OLG schön die Leute behält und jeder nur max. 3 Stunden am Tag arbeiten braucht (ich weiß das aus sicherer Quelle), sieht es bei den Amtsgerichten ganz anders aus!! Wie wäre es denn mal, wenn die Stellen nur beim OLG gestrichen werden??? Die scheinen ja genug Kapazitäten zu haben.

Manu am 8. September 2025 um 18:29

Ich war 20 Jahre beim Anwalt und habe vor 3 Jahren in die Justiz gewechselt. Es war immer ein großer Wunsch von mir beim Gericht meiner Dtadt zu arbeiten und es war kurze Zeit ein Privileg für mich dort zu arbeiten. Doch dann habe ich gemerkt wie die Leute kamen und wieder gingen. Oder das Leute die in Pension bzw. Rente gingen nicht ersetzt oder erst große Zeit später ersetzt wurden. Außerdem habe ich mich oft allein gelassen gefühlt, weil es mit der Einarbeitung nicht klappte, weil alle überlastet sind. Rückstände ohne Ende, überlastete Mitarbeiter die nach und nach ausfallen. Jetzt hat wieder eine Kollegin gekündigt und wird nicht ersetzt wegen der Sperre und ich frage mich wo das noch hinführen soll. Ich vermisse außerdem die Wertschätzung, die ich damals beim Anwalt doch so geschätzt habe. Ich bin ganz ehrlich, mich hält nur noch das Geld und meine Kolleginnen dort. Die Gewissheit das es nicht besser wird, motiviert nicht wirklich und ist wieder mal ein Schlag ins Gesicht!

W am 8. September 2025 um 8:35
Ich weiß nicht, wie lange ich noch bei der Justiz bleibe. Es ist einfach ein Trauerspiel, was hier vor sich geht. Wer soll das alles schaffen? Es gibt so viele Kollegen die einfach nur komplett überlastet sind. Die Bezahlung kann mit der freien Marktwirtschaft auch nicht mehr mithalten, was für Anreize bleiben denn hier eigentlich noch? Wenn immer mehr Stellen gestrichen werden, wird die Belastung noch größer, es brechen noch mehr Kollegen weg. So wird das nicht funktionieren, irgendwann wird das Konstrukt in sich zusammenbrechen, das sieht man ja bereits bei den Staatsanwaltschaften. Keiner wird mehr Herr der Lage, neue Leute gehen sofort wieder, denn wer will sich schon für die Bezahlung kaputt machen? Wer soll das alles schaffen? Die Justiz schaufelt sich hier gerade ihr eigenes Grab..

O am 8. September 2025 um 9:05

Ich sag's mal so: wäre ich nicht verbeamtet, wäre ich längst weg. Was einen bei der Justiz noch hält sind doch nur die schlechten Bedingungen bei einer Nachverrentung.
Die jüngeren Kolleg*innen sind klug genug, das schnell zu merken und sich andere Betätigungsfelder zu suchen.
Was die Situation für die, die bleiben Jahr für Jahr zusätzlich weiter verschlechtert.
Die dauerhafte Unterbesetzung kann sich m.E. gesamtgesellschaftlich betrachtet nicht rechnen. Die Belastung und Frustration machen so viele Menschen krank – wenn man deren Ausfall- und Behandlungskosten mal in das Rechenexempel einbeziehen würde: wie viele Stellen könnten davon wohl bezahlt werden?

Lisa am 8. September 2025 um 9:07
Unglaublich!
Für alles und jeden ist Geld da, außer für die wichtigen Dinge!
Die Zustände werden immer schlimmer.
Die Justiz ist schon jetzt kein attraktiver Arbeitgeber mehr.
Wenn das alles so umgesetzt wird, geht es noch schneller den Bach runter als jetzt schon.
Wie es den Mitarbeitern geht, spielt schon längst keine Rolle mehr.
Im Anbetracht der jetzigen Lage die Situation NOCH weiter zu verschlimmern, ist für JEDEN, der in der Justiz arbeitet ein Schlag ins Gesicht.
Die Leute werden früher oder später vermehrt in den Krankenstand gehen, die Justiz wird nicht mehr funktionieren, Deutschland wird nicht mehr funktionieren.
Dann wird man sich wünschen, diesen Schritt NICHT gegangen zu sein. Es gibt genug andere Jobs, in denen man sich nicht kaputt machen muss und das werden die Leute, die irgendwann an einem Punkt angekommen sind, an dem sie nicht mehr können, genauso sehen.
Aber damit eben genau das nicht passiert. Wäre der allererste Schritt, diese Gedanken der Kürzungen usw. Beiseite zu werfen. Der zweite wäre, zu INVESTIEREN, die Justiz als Arbeitgeber wieder attraktiver zu machen.
Da hilft auch keine gute Nachwuchskampagne, wenn der Laden nicht vernünftig läuft, will da auch keiner arbeiten!
Ansonsten müssen Sie mit den Konsequenzen IHRES Verhalten rechnen und sich dafür verantworten.

Servicekraft am 8. September 2025 um 9:14
So viele Leute gehen noch in Pension und viele die noch da sind, sind leider auch teilweise wegen der hohen Belastung, Langzeit krankgeschrieben. Die Arbeit muss von den übrig gebliebenen Mitarbeitern ständig aufgefangen werden. Somit springt man von Abteilung zu Abteilung hin und her und bricht sich einen ab, sein eigenes Pensum überhaupt noch aufrechtzuerhalten. Das dabei die Arbeitsqualität leidet, ist auch klar. Noch weniger Personal ist somit nicht tragbar. Man kann zudem froh sein, wenn Mitarbeiter vorzeitig ihre Stunden wieder erhöhen möchten. Auch hier sollte man keine Steine in den Weg legen. Vor kurzer Zeit wurde doch extra der Eintritt für die Quereinsteiger ermöglicht, wie kann es sein, dass jetzt auf einmal die Stellen gestrichen werden sollen? Irgendwann wird die Luft dann wieder so dünn, dass sich ganz schnell wieder etwas Neues eingefallen werden muss.

Osenberg am 8. September 2025 um 9:36
Vor Jahren hieß es noch, dass der öffentliche Dienst – gerade die Justiz- ein sicherer Job ist. Aber welche Belastungen das mit sich bringt, ist ein Fass ohne Boden.
Personalmangel ist hausgemacht. Überbelastung an der Tagesordnung. Viel zu lange Bearbeitungszeiten. Da sind nicht nur die Kollegen, sondern auch die Bürger unzufrieden.
Wo soll das alles noch hinführen?

B. A. am 8. September 2025 um 10:07

So geht es nicht mehr weiter, alle Mitarbeitenden arbeiten bereits über das Limit hinaus. Falls die Politik ihre Sparpläne nicht zurücknimmt, wird das System in naher Zukunft zusammenbrechen.

Birgit am 8. September 2025 um 10:51
Ich verstehe es nicht mehr! Es werden so viele Leute benötigt, aber stattdessen werden Stellen gestrichen und die Bediensteten, die sich noch im Dienst befinden, werden kaputt gemacht. Dies wird billigend in Kauf genommen.

Björn-Lars Witt am 8. September 2025 um 11:53
Es kann doch nicht sein, dass immer entgegen jeder Prognose und jeder Vernunft gespart wird.
Die Justiz steht in der heutigen Zeit unter enormen Druck. Die Herausforderungen der Zukunft insbesondere in der Digitalisierung und dem unabwendbaren Ende des beruflichen Werdegangs viele Mitarbeiter/innen in der Justiz durch die Pensionierung / Rente müssen zu einer Erhöhung der Attraktivität der Justiz und nicht dem Plattmachen selbiger führen.
Die Arbeitsbelastung ist enorm hoch und das kann nicht mit „Weiter so"-Parolen abgefangen werden.

S. am 8. September 2025 um 11:58
Die Sparpläne sind ein Schlag ins Gesicht der ohnehin schon seit Jahren und Jahrzehnten überbelasteten Mitarbeiter. Mich wundert immer wieder, dass das System nicht schon längst zusammengebrochen ist. Dies ist nur uns Mitarbeitern durch unseren unermüdlichen Einsatz zu verdanken. Aber was sollen wir denn noch alles stemmen? Wer bis jetzt noch nicht „kaputt gebrasselt" ist, bekommt spätestens dann den „Gnadenstoß" und wird körperlich und psychisch krank gemacht. Dazu kommen dann noch die verständlichen Proteste der Bürger, dass alles so lange dauert. Die müssen WIR uns anhören und nicht diejenigen, die dafür verantwortlich sind.
Es reicht!!!

Rebecca am 8. September 2025 um 12:17
Puuhhhh ein starkes Stück.
Alles zu Lasten der ‚gesamten' Justiz.
Fürsorgepflicht, gute Arbeitsbedingungen alles hat keinen Wert !!!
Und zu welchem Preis- aber da machen sich die ‚oberen' ja keine Gedanken zu!!!
Bis es auf Kurz oder Lang allen Beteiligten um die Ohren fliegt…
oha wie soll das weitergehen…die Arbeitsbelastungen sind komplett, und zwar in jeder Zuständigkeit, am Limit und darüber hinaus. Unfassbar.

Sven am 8. September 2025 um 13:18
Eine funktionierende Justiz ist einer der Grundpfeiler eines demokratischen Staates und muss daher finanziell und personell gut aufgestellt sein, um den Anforderungen der aktuellen Zeit und der Zukunft gerecht werden zu können.
Der Rechtsstaat darf niemals durch Sparzwänge ausgehöhlt werden, ganz im Gegenteil, sollte besser in eine zukunftsträchtige Justiz investiert werden.
Wie viele Leute müssen ob der besseren Bedingungen und Bezahlungen noch zu den Kommunen abwandern, bevor auch die Politik es begreift?
Oder sind die Programme zur Nachwuchsgewinnung lediglich gestartet worden, um gut ausgebildetes Personal für Stellen außerhalb der Justiz zu generieren?

J am 8. September 2025 um 13:48

Die Bürger zweifeln jetzt schon an der Justiz.
Das macht es nicht besser.
Die Staatsanwaltschaften sind jetzt schon überlastet. Wie schlimm soll es bitte noch werden.

JR am 8. September 2025 um 14:44
Es ist schon paradox, dass auf sämtlichen Social-Media-Kanälen Werbung zur Nachwuchsgewinnung geschaltet wird.
Gleichzeitig sollen umfassende Stelleneinsparungen erfolgen und dringend benötigte Mittel gestrichen oder zumindest stark gekürzt werden.
Nicht nur, dass durch bereits erfolgte Stelleneinsparungen und Mittelkürzungen, die Arbeitsbelastung in allen Bereichen der Justiz bereits am Limit ist und die Krankenstände entsprechend hoch sind, so werden auch Themen, wie Sicherheit oder die zeitgemäßen Instandhaltungen der Dienststellen weiter in den Hintergrund geraten.
Wie fair ist es dann, jungen Berufseinsteigern in den verschiedenen Bereichen der Justiz einen sicheren und attraktiven Arbeitsplatz zu suggerieren, den es nach den Vorhaben der Politik de facto nicht geben wird?!
Und mehr noch:
Was ist das für ein fatales Signal an die sich bereits im System befindliche und engagierte Belegschaft?

S. am 8. September 2025 um 16:57
Es reicht nicht, bei der Nachwuchsgewinnung Fahnen zu hissen oder die Neuen damit zu begrüßen. Was ist mit den „Alten", die ihr Wissen vielleicht noch über die Rente/Pension hinaus weitergeben wollen? Das würde mit den Sparmaßnahmen zunichte gemacht – Wissen geht verloren. Es fehlt an allen Ecken und Enden Personal!

Lutz Erdmann am 9. September 2025 um 23:42
Auch wenn ich seit meinem Eintritt bei der Justiz 1975 mal 6 Jahre raus war, maße ich es mir dennoch an, die „Einsparoffensive" als langgedienter Recke der Justiz zu kommentieren, zumal ich noch im aktiven Dienst bin:
Um das Fazit der Sparoffensive mal vorwegzunehmen: „das ist gequirlte Scheiße" !

Die Rechtswirklichkeit in den letzten Jahrzehnten erheblich komplexer geworden; die Gesetzgebung reagiert entsprechend hierauf, dies bringt naturalmente auch eine entsprechende Mehrbelastung der der Justiz mit sich.
Die justizielle Digitalisierungsoffensive der Justiz ist zu begrüßen, aber die gibt es auch nicht zum „Null-tarif"; ein Programmierer ersetzt keine drei Abteilungen der Geschäftsstelle !

Zu begrüßen ist die „Ausbildungsoffensive" der Justiz in NRW. Nur, was bleibt davon? Hohe Abbruchquoten (oki, da lässt sich nachbessern, was kein haushalterisches Prob ist) Die Quote der Wechsler zu anderen Behörden, woran liegt denn dies?!
Ist es das Gehalt oder sind es die Arbeitsbedingungen…….

Immer in der Diskussion ist die RichterInnenesoldung, und die Frage, wie attraktiv ist die Justiz auch unter diesem Gesichtspunkt. Mal abgesehen von der Asseroenzeit hat der gestandene Richter /die gestandene Richterin nicht den Schlagzahl von associates in anwaltlichen Großkanzleien. Richtig ist dennoch die Gehaltsdiskussion zu führen.

Die Rechtspflegerschaft wiederholt in schon beinah ewig anmutender Lamoryanz wie unterbezahlt sie doch wg. ihrer Aufgaben und der hohen Qualifikation ist. Zugestanden: wenn bis zu 5 Jahren Jahren auf eine erste Beförderung gewartet werden muss, und dann doch besser zur Kommune abgewandert wird, wo das dann nach drei Monaten passiert, macht die Justiz da was falsch ? Das doch bestimmt nicht, war immer so, wird immer so sein, vorwärts immer, Rückschritt nimmer (äh, oh, ja; aha …..)

Nun mal wech von diesem Thema: es gibt ein anderes:
Will die Justiz NRW sich der Aufgaben und Herausforderungen stellen, die gegeben sind und die vor ihr liegen ?
Durch die Kürzungen wird dies nicht funzen !

Im Bereich der Abteilungen der Geschäftsstelle muss eine Attraktivität geschaffen werden, im Wachtmeisterdienst gehört die Besoldung angehoben. Ein praktisches Beispiel: was nutzt dem Strafrichter es, wenn er den Termin nicht durchführen kann, weil Zeugenladungen nicht erfolgten ? Wieviel kostet eine Richterstunde im Vergleich zu der einer Geschäftsstellenmitarbeiterin ?
Da liegen die „Einsparpotentiale", nämlich vernünftige Ausstattung der Geschäftsstelle und diesen „Job" mal endlich attraktiv zu machen !

Um es mal einfach darzustellen:
Ohne Wachtmeisterei keine Postverteilung; ohne Geschäftsstelle kein Rückgrad der richterlichen Tätigkeit in der Verfahrensbearbeitung.
(Neben den Gewerkschaften sollte sich hier der DRB (mal wieder) stark machen. Von den Berufsstandsvereinigungen bisher der einzige Verbündete....)

Abschließend noch folgendes:
Der Rechtsstaat ist imho niemals so sehr gefordert wie heute (sieht man mal von den Anfängen „des tausendjährigen Reiches ab".)
Nun aber in einem der auch rechtspolitisch innovativsten Länder der BRD diesen nicht zur nicht zu stärken, sondern durch wohlgefälligen Sparkurs zu schwächen, sorry, hierfür habe ich weder als Justizbeamter noch als Staatsbürger Verständnis.
Vlt. sollte sich Herr Limbach mal ohne „Entourage" einfach mal bei Staatsanwaltschaften und Gerichten unangekündigt auf eine Geschäftsstelle setzen, um ein Gefühl dafür zu bekommen, welche Verantwortung er für die Basis der Justiz wirklich hat. Aber diese Erfahrung „ hey Alter, willkommen!: das ist der Beton des Lebens" dürfte wohl für ein Ministeramt „to much" an Basiserfahrung sein.
Der Rechtsstaat kann sich diese Rotstiftpolitik nicht leisten; er ist lange nicht so wichtig, wie heute !

Hallo NRW ! lasst uns Rechtsstaat machen und nicht abschaffen !

Frauke am 10. September 2025 um 10:37
Auch in der Justiz ist es erforderlich, Bürokratie abzubauen und Verfahren zu vereinfachen.
Die Digitalisierung bringt keine Arbeitserleichterung, wenn nur die Papierakten abgebildet werden.
Weniger Gesetze, die vorhandenen konsequent anwenden.
Aussichtslose Verfahren einstellen.
Probleme vom Grundsatz her und an der Basis lösen und nicht in die Justiz verlagern.
Nur Sparen verschärft die Probleme.

Uwe Schumacher am 17. September 2025 um 12:49
Gegen Sparpläne ist grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn diese nach dem Grundsatz der Verhältnismäßig getroffen werden. Es gibt kein Patentrezept für Sparpläne! Sparen am falschen Ende kann zudem teurer werden.
Allerdings halte ich Sparpläne zu Lasten der Mitarbeiter im Justizbereich unter Berücksichtigung der täglichen Gewaltzunahme und der Eskalationskultur insgesamt, für den falschen Weg und warne, dass dies negative Folgen auf den inneren Frieden des Gemeinwohls auf die Gesundheit der Justizangehörigen haben kann.

Mir ist nicht ganz klar, warum die Strafrechtspflege nicht ausreichend modernisiert wird.

1. Der IT Bereich, wenn er verknüpft würde, würde Personalkosten und Materialkosten einsparen.
2. Moderne Strafrechtspflege zielt weniger auf Haft, sondern auf ambulante Resozialisierung ab. Da mangelt es offensichtlich an Reformwillen zur Schaffung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen und Konzeptionierung zur Veremeidung von Haft. Teure Haftplätze, Personalkosten uv.m. könnten eingespart werden.
3.Welchen Sinn zunehemende Bürokratisierung macht und weniger Entbürokratiserung lasse ich dahin gestellt. Ich vermute, dass die Folgen von zunehemender Verrechtlichung unserer Gesellschaft ein Thema ist, dass hier nur am Rande erörtert werden soll.
4.Modernes Personalmangement reduziert seine Mitarbeiter nicht nur auf ihre Arbeitstkraft.
Gesunde Ernährung unter Berücksichtigung von Systemischer Medizin, eine neue Bewegungskultur und Angebote von psychsomatischer Entlastung und angemssener Bewegungsbelastung der Mitarbeiter wäre n.m.E. der richtige Schritt in die richtige Richtung.

anonym am 8. September 2025 um 6:54
Die geplanten Sparmaßnahmen der NRW-Landesregierung in der Justiz ab 2026 sind kurzsichtig und risikoreich. Sie bedrohen die Funktionsfähigkeit der Gerichte, die Rechtsdurchsetzung und den Zugang zum Recht für Bürgerinnen und Bürger.
In einer Zeit steigender Fallzahlen, komplexer Rechtslagen und zunehmender Belastung durch Digitalisierung ist eine ausreichende personelle und organisatorische Ausstattung der Justiz unverzichtbar. Verlässliche Arbeitsbedingungen, motiviertes Personal und zeitnahe Bearbeitungsprozesse sind Grundpfeiler eines funktionierenden Rechtsstaats.
Die aktuelle Personaldeckung ist bereits angespannt. Jede weitere Reduzierung von Stellen, Abbau Pensionierungen oder Verzögerungen bei Neueinstellungen verschärft Wartezeiten, erhöht Burn-out-Risiken und senkt die Qualität der Rechtspflege. Nachgewiesene Überlastung in allen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Geschäftsstelle, Wachtmeisterei und richterliche Besoldung, bleibt damit unversehrt.
Die Digitalisierung der Justiz ist wichtig und zu begrüßen, doch sie ersetzt keine notwendige personelle Kapazität. Ein Programmierer kann keine drei Abteilungen der Geschäftsstelle ersetzen. Digitale Prozesse müssen sinnvoll begleitet und ausreichend finanziert werden, um echte Effizienzgewinne zu erzielen.
Ausbildungs- und Nachwuchsprogramme müssen gestärkt werden, nicht ausgehöhlt. Hohe Abbruchquoten, Abwanderung zu anderen Behörden und unklare Perspektiven belasten die Zukunft der Justiz. Attraktive Gehalts- und Arbeitsbedingungen sind entscheidend, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten.
Die Frage nach der Attraktivität der Justiz als Arbeitgeber muss umfassend beantwortet werden: Wie attraktiv sind Besoldung, Arbeitszeiten, Belastung, Weiterbildung und Aufstiegsmöglichkeiten? Ohne eine faire Entlohnung und sinnvolle Arbeitsbedingungen wird der Rechtsstaat langfristig geschwächt.
Es braucht eine bedarfsgerechte, zukunftsfähige Personalpolitik statt pauschaler Sparprogramme. Investitionen in Personal, in moderne Ausstattung der Geschäftsstellen, in Besoldung und in sinnvolle Digitalisierung sichern Rechtsstaatlichkeit und Rechtszugang für alle Bürgerinnen und Bürger.

anonym am 8. September 2025 um 7:15
Der Rotstift im Haushalt 2026 zeigt schon jetzt erste bittere Folgen: Gesperrte Stellen bedeuten verlorene Stellen – und damit noch mehr Druck auf eine ohnehin überlastete Justiz. Schon heute arbeiten viele Beschäftigte am Limit, Burnout ist längst Realität. Wer weiter Personal blockiert, gefährdet nicht nur die Gesundheit der Mitarbeitenden, sondern auch das Vertrauen in den Rechtsstaat.

Anonym am 8. September 2025 um 8:29
Es wird überall dafür geworben, dass junge Menschen sich doch überlegen sollten, bei der Justiz einzusteigen. Aha? Um ihnen während der Ausbildung keine klare Antwort geben zu können, ob sie denn auch einen sicheren Arbeitsplatz nach der Ausbildung haben?
Abgesehen davon – wer soll die Leute noch ausbilden, wenn die Akten sich stapeln und man sowieso schon die Vertretung von der Vertretung übernommen hat, weil (jetzt schon) kein Personal vorhanden ist?
Ich bin über den Quereinstieg in die Justiz gekommen und „noch" befristet angestellt. Nun habe ich auch Angst um meinen Vertrag. Wird er entfristet? Wird er wieder und wieder um ein Jahr verlängert? Muss ich vielleicht sogar gehen? Diese Ungewissheit ist schrecklich.
Wir brauchen jede Stelle! Wir brauchen noch mehr Stellen!

anonym am 8. September 2025 um 8:31
Ich bin empört darüber, dass die Stellen abgebaut werden sollen. Die Mächtigen haben kein Interesse, sich mit den Superreichen anzulegen und diese angemessen zu besteuern und verschleudert Milliarden zur Vorbereitung auf einen Krieg mit Russland, den wir im Atomzeitalter sowieso nicht überleben werden. Wir brauchen sichere Arbeitsplätze und mehr Geld für die Justiz.
Justizbeschäftigte am 8. September 2025 um 8:50
Personalnot macht krank! Dauervertretungen über Monate/Jahre!
Man arbeitet immer am Limit, wir brauchen die Unterstützung neuer Kollegen...dringend!

Anonym am 8. September 2025 um 15:09
dem kann ich mich nur anschließen.

Anonym am 8. September 2025 um 10:16
Wo bleibt die Fürsorgepflicht des Dienstherrn, wenn er seine Bediensteten sehenden Auges nicht nur in einer chronischen Überlastungssituation belässt, sondern diese sogar noch wissentlich und willentlich verschärft? Das Ergebnis: Wir, die Mitarbeitenden, fühlen uns weder gesehen noch wertgeschätzt, sondern ausgebeutet und verraten. Da helfen auch ein Gesundheitsmanagement oder Fortbildungen in Motivation nicht weiter. Die Rahmenbedingungen, die hier geschaffen werden, sprechen leider eine ganz andere Sprache und führen in die Erschöpfung und Resignation. Langfristig keine Aussicht auf Besserung. Wer kann, wird gehen. Noch mehr dürften erkranken. Und welcher Nachwuchs würde unter diesen Bedingungen hier anfangen wollen?

Heike W. am 8. September 2025 um 11:14
Dieser Aussage kann ich mich voll und ganz anschließen.

Melanie B. am 8. September 2025 um 14:00
Ich kann mich da auch nur anschließen.
Eigentlich bin ich immer gern arbeiten gegangen, den lieben Kolleginnen (und den paar Kollegen da die Behörde fast nur mit Frauen besetzt ist) sei Dank.
Auch da kann man sehen, dass die Justiz für die Herren der Schöpfung zumindest im Service- und Rechtspfleger Bereich finanziell nicht ansprechend zu sein scheint.
Ich habe auch nicht gedacht, dass ich einmal sagen würde, dass ich froh bin wenn ich gehen kann.
Es ist aber jetzt schon soweit, obwohl ich noch 5 1/2 Jahre durchhalten muss.

Meike M am 8. September 2025 um 11:42

Ohne Beschäftigte und ohne eine gute IT funktioniert die Justiz nicht. Es fehlt sowieso schon überall Personal. Da wird dann wohl am falschen Ende gespart. Das wird man dann ein paar Jahre oder Monate später sehen und erkennen.

Heike am 8. September 2025 um 12:17
Das Problem ist doch immer dasselbe: Diejengen, die über Stellenwegfall und Kürzungen entscheiden, arbeiten nicht an der Basis und haben keine Ahnung vom Arbeitsalltag der Justizbschäftigen und Beamten!
Ich kann dazu sagen, dass die Klienten in der Bewährungshilfe insgesamt arbeitsintensiver geworden sind und hier Stellenwegfall und nicht mehr bewilligte Auftockung bei Teilzeitkräften nicht angezeigt sind!

Jan W. am 8. September 2025 um 21:11
Sehr alarmierende Pläne, welche die Justiz weiter schwächen.
Wir sind schon ziemlich ausgeblutet im mittleren Dienst und junge selbst verbeamtete Kräfte gehen, weil die Zustände so schlimm sind.
Im richterlichen Bereich zeichnet sich ein erheblicher Mangel an, da das OLG Hamm bspweise kaum noch neue Richter einstellt und die Proberichterstellen in Staatsanwaltschaftsstellen umgewidmet wurden. Wir werden in der Strafjustiz angesichts 100.000er Ermittlungsverfahren also bald eine Welle von der StA erhalten. Außerdem wird die Erhöhung der Streitwertgrenze in Zivilsachen die Amtsgerichte hart treffen. Deutlich mehr Fälle bei nicht mehr Personal.
Wenn was passiert…ruft die Politik nach einer starken Antwort des Rechtsstaates. Bei der Haushaltsplanung ist das vergessen.

anonym am 9. September 2025 um 12:01
Zufriedene Arbeitnehmer werben via Mundpropaganda weitere Mitarbeiter an, sie ist kostenlos und sehr effektiv.
Die hohen Kosten für die Werbekampagne „Wir in der Justiz und zwar mit Recht“ wäre besser für die Schaffung neuer Stellen investiert worden. Es wird an der falschen Stelle gespart.
Wird der Rotstift weiter angesetzt bricht die Judikative in NRW irgendwann zusammen…
Darüber sollte sich die Politik im Klaren sein.
Anonym am 15. September 2025 um 11:49
Und wieder wird am falschen Ende gespart. Anstatt bei Hardware-Beschaffungen oder ähnlichen zu sparen, wird einfach am kleinen „Mann“ gespart.
Allein mit den Fehlinvestitionen in der IT-Hardware kann man diese stellen schon ausgleichen.
Das erhöht nur die Unzufriedenheit, Arbeitsbelastung und verzögert den Geschäftsablauf.
Burnout und Kündigungen werden die Folge sein.

Ulrike Halbach am 26. September 2025 um 17:10
Es ist einfach nur traurig…
Wir haben in den letzten Jahren viel in die Nachwuchsgewinnung und die Ausbildung des Nachwuchses investiert – sowohl finanzielle Mittel als auch personelle Kapazitäten – und wir haben geglaubt oder zumindest gehofft, dass es dadurch irgendwann besser werden würde, aber jetzt sollen doch wieder 200 Stellen „gesperrt“ werden…
Ich vermute mal, das wird nicht dazu führen, dass der dringend benötigte Nachwuchs bei uns bleibt. Selbst wenn der Nachwuchs übernommen werden darf, was angesichts der geplanten Stellensperrungen ja nun doch fraglich erscheint, ist bei weniger vorhandenem Personal mit einem erneuten Anstieg der Arbeitsbelastung und damit wieder mit zusätzlichen Abgängen und weiteren Erkrankungen zu rechnen. Ist das dem JM/dem FM etwa nicht klar?

FACEBOOK-KOMMENTARE

Kerstin Weyers
Wir sind jetzt schon alle am Limit. Die Erledigungszeiten sind jetzt schon sehr hoch. Kollegen, die in den Ruhestand gehen, werden nicht ersetzt, die Beschwerden nehmen zu... und jetzt soll noch mehr gespart werden? Wo soll das noch hinführen. Für alles ist Geld da, aber die Justiz soll kaputtgespart werden. Das wird zu einem noch höheren Krankheitsstand führen, denn die, die noch da sind, werden durch die ganze Mehrbelastung, weil kein neues Personal kommt, auch irgendwann nicht mehr können. Da kann man nur noch mit dem Kopf schütteln

Ela Da
Kerstin Weyers ja so ist leider die Planung.... Da lässt man bewusst den einen oder anderen Mitarbeiter ganz gewollt über die Klinge springen... echt traurig...die Aussichten sind echt gruselig und ich frage mich, wie man die Leute da motiviert bekommt...

Kerstin Weyers
Ela Da total schlimm.... und da wundern die sich, dass das System irgendwann zusammenbricht. Ohne uns geht überhaupt nichts raus und wird bearbeitet...Den Unmut, die Beschimpfungen und die Beschwerden kriegen wir am Telefon oder sei es persönlich doch als erstes immer ab....Macht total Sinn, da noch mehr Stellen abzubauen... Es geht so schon manchmal nicht mehr viel, aber dann hast Du bald Stillstand weil keiner mehr kann oder keiner mehr da ist...

Simone Mathlage
Ela Da Leider wahr!

Sonja Bobber
Ich frage mich, wie noch mehr gespart werden soll? Ja, es wurde neues Personal eingestellt. Häufig Quereinsteiger, die „mal eben" angelernt werden sollen in viel zu kleinen Räumen. Teilweise wird aus ehemaligen Doppelzimmern ein Viererzimmer gemacht, man kommt kaum an den Schreibtischen der anderen vorbei, die Fußböden sind mit Akten befüllt, man läuft nicht nur Zick Zack, ein Hürdenlauf noch dazu. Neue technische Geräte sind regelmäßig mit irgendwas nicht kompatibel, Lösungen werden oft wochenlang nicht gefunden (kleines Beispiel aus der Vergangenheit: ist der Scanner an, kann der Drucker nicht genutzt werden und andersherum). Ist ein Drucker kaputt, bekommt man evtl. ein Austauschgerät, dass VIELLEICHT repariert worden ist, oder auch nicht. Ein neuer Stuhl, nachdem man diesen bereits über zehn Jahre genutzt hat? Sehr witzig!
Neben der technischen Ausstattung und den nicht mehr zeitgemäßen Räumlichkeiten kommt natürlich die stetig wachsende Arbeitsbelastung dazu. Die Verfahren werden durch z. B. Internetstraftaten immer komplexer.
Es gibt so viele Gründe sich zu beschweren, man kann nur eindringlich davor warnen, noch weniger Geld der Justiz zuzuwenden. Finanziell lockt der öffentliche Dienst/die Justiz die Leute nicht mehr. Weiterhin führen Verringerung der Gelder zur Verschlimmerung der schon lange schlecht laufenden Situation. Der Bevölkerung ist es kaum noch begreiflich zu machen, warum sie zwei, drei oder vier Jahre auf den Beginn eines Zivilprozesses oder 1 Jahr auf den Erlass eines Erbscheins zu warten. Oder noch schlimmer: Menschen aus der U-Haft entlassen werden müssen.....

Ina Spickermann
Sonja Bobber Auf den Punkt gebracht! Gerade aktuell habe ich gehört, dass jemand nach 1 Jahr die Brocken wieder hingeworfen hat, weil er es u.a. leid war, sich zwischen den gestapelten Akten nur noch seitwärts zum Schreibtisch

bewegen zu können...und jetzt soll noch mehr eingespart werden??? UNGLAUBLICH!

Sonja Bobber
Ina Spickermann Man muss sich mal von den Gerichten und Staatsanwaltschaften die Google-Bewertungen anschauen. Wenn man eine Behörde zwei Sterne hat, ist das viel. Es wird sich vorallem über die telefonische Erreichbarkeit beschwert. Ich kann nicht nachvollziehen, warum es keine Telefonzentrale/Callcenter für die Behörden gibt, die den Großteil der Telefonate abfiltern können.

Vro Ni
Aus richterlicher Sicht sind weitere Einsparungen im Bereich der Servicekräfte und der Sachmittel zwangsläufig mit einem Verlust an dem Vertrauen in den Rechtsstaat verbunden. Das System funktioniert schon jetzt nur noch, weil einige sich weit über Ihre Pflicht hinaus engagieren, im Servicebereich und im richterlichen Bereich. Es ist keinerlei Einsparpotential vorhanden, im Gegenteil, es bedürfte massiver Investitionen. Da kann es noch so viel RichterInnen geben, ohne Servicekräfte geht es nicht. Das System droht zu kollabieren.

Helgrit Ertel
Warum soll in der Justiz gespart werden? Damit die Korruption der Politiker wegen Verjährung verfällt?
Ein Gedanke eines/r Freund/es/in

Nina Binder
Noch mehr sparen! Wie soll das gehen? Und wer darf darunter leiden,die Menschen die dort arbeiten. Hoffe ihr könnt was bewegen

DJG NRW
Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Landesvorstand

Geschäftsstelle
Freithof 22
46410 Neuss
Telefon: 02131 1516337
E-Mail: geschaeftsstelle@djg-nrw.de

- ANLAGE 2 -

DJG NRW
Fachbereich
ambulanter Sozialer Dienst

Statement zu dringenden Optimierungen in der Arbeit des Sozialen Dienstes in NRW

September 2025

Der ambulante Soziale Dienst (aSD) der Justiz ist ein unverzichtbares Instrument für Resozialisierung, Opferschutz und Kriminalprävention. Die Arbeit der Fachkräfte ist hochkomplex, krisenanfällig und erfordert flexible, intensive sowie individuell zugeschnittene Betreuung. Angesichts zunehmender Problemlagen der Klient:innen (Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit, Sucht, psychische Erkrankungen, Doppeldiagnosen) und wachsender Anforderungen ist es dringend erforderlich, die strukturellen, personellen und technischen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Belastungssituation und Sicherstellung einer professionellen Betreuung

Um eine qualitativ hochwertige Sozialarbeit im Bereich der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht sicher zu stellen, ist es notwendig, **den Betreuungsschlüssel im aSD nicht zu erhöhen**, sondern zu verringern. Nur so kann eine professionelle, flexible und intensive Betreuung durch die Fachkräfte vom aSD gewährleistet werden. Krisen und Probleme von Menschen sind nicht planbar, sodass die Fachkräfte des aSD spontan auf Anfragen ihrer Klient:innen reagieren müssen und kurzfristig intervenieren. Die Problemlagen der Klient:innen haben zugenommen. Immer mehr Klient:innen leiden unter Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen und psychischen Erkrankungen. Insbesondere sind zunehmend Fälle in der Praxis ersichtlich, in denen Klienten an Doppeldiagnosen leiden, auf die entsprechend reagiert werden muss.

Die Veränderungen der Klient:innen in den letzten Jahren und die Zunahme der Führungsaufsichtsfälle erfordern ein hohes Maß an Professionalität und ausreichend Fachkräfte. Zulasten der Sicherheit und eine mit hohem Maß an Professionalität, Engagement und Wissen notwendige Resozialisierung von straffällig gewordenem Menschen sowie der Opferschutz werden durch weitere Sparzwänge gefährdet. Um dem gesetzlichen und gesellschaftlichen Auftrag nach Resozialisierung, Opferschutzes und Kriminalpräventi-on nachkommen zu können, müssen die Stellen beim aSD erhalten bleiben. **Stellenabbau im aSD würde im Hinblick auf die aktuell zunehmenden Straftaten und die steigenden Fallzahlen im Fachbereich Führungsaufsicht nicht zusammenpassen**. Ein weiterer Stellenabbau führt mehr und mehr zum „Verwalten“ von Klient:innen. **Soziale Arbeit kann nicht mehr geleistet werden.** Es benötigt zeitliche Kapazitäten, um auf einem fachlich hoch qualifizierten Niveau eine flexible bedarfsorientierte Sozialarbeit leisten zu können Gleichzeitig sollten nicht weitere Aufgaben auf den aSD übertragen werden, da die originäre Arbeit verloren geht und die Fachkräfte somit „Sozialarbeiter für alles“ sind. **Damit die Arbeit des aSD attraktiv bleibt, ist als Einstiegsamt A10 wünschenswert.**

Technische Ausstattung und Sicherheit

Das Telefon ist ein wichtiges Arbeitsinstrument der Fachkräfte. Ein großer Anteil der täglichen Arbeit erfolgt in Form von Telefonaten mit Klient:innen, Netzwerkpartnern und unterschiedlichen Behörden. Viele Fachkräfte nutzen derzeit ihr privates Mobiltelefon für dienstliche Zwecke. Aus Sicherheits- und Datenschutzgründen ist dieses ein absolutes No-Go. Zudem sind die Fachkräfte bei Außenterminen und der Telearbeit über ein dienstliches Mobiltelefon erreichbar und können ihre telefonischen dienstlichen Belange in diesen Zeiten mit der Nutzung des Mobiltelefons regeln und flexibel auf Situationen reagieren. Ein Diensthandy, das zugleich mit einer SoPart App ausgestattet ist, ermöglicht den Fachkräften ein effizientes, sicheres und professionelles Arbeiten. **Zu einer zeitgemäßen mobilen Ausstattung ist ein Diensthandy unabdingbar.**

Der Fachbereich Soziale Dienste der DJG NRW fordert schon seit Jahren die Anschaffung von Diensthandys für alle Fachkräfte.

Aus Sicherheitsgründen sollte eine flächendeckende Ausstattung mit moNA-Geräten für jede Fachkraft gegeben sein. Die Klient:innen werden schwieriger und psychische Erkrankungen nehmen ebenso zu. moNA leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit und zum Schutz der Fachkräfte. Eine moderne technische und digitale Ausstattung führt zu einer flexibleren, moderneren Arbeitsweise und kann das Berufsbild sogar für neu eingestellte Fachkräfte attraktiver machen.

Die **Gewährung einer Stellenzulage für Fachkräfte des aSD für gefährliche Tätigkeiten** gemäß § 48 (Fn 25) LBesG NRW (§ 47 LBesG Zulagen für besondere Erschwernisse), wäre wünschenswert. Im ambulanten Bereich arbeiten die Fachkräfte auch u. a. mit hochgefährlichen verurteilten Straftätern. Die Umsetzung einer solchen Zulage ist ein Zeichen von Wertschätzung. In diesem Zusammenhang und im Rahmen der Fürsorgepflicht sollten entsprechende Sicherheitsschulungen regelmäßig angeboten werden, um potenzielle Risiken zu sensibilisieren, Handlungskompetenzen zu vermitteln und um sicherheitsrelevante Vorfälle zu vermeiden oder angemessen darauf zu reagieren.

Fachliche Qualität und Professionalisierung

Aufgrund von steigendem Arbeitsumfang und der Erweiterung der Aufgaben bei gleichbleibender Personalstärke sind die Aufgaben der Fachkräfte zunehmend komplexer geworden. Eine Spezialisierung ist oft nur in wenigen Fällen möglich, sodass sich die Fachkräfte mit sehr unterschiedlichen Anforderungen und Themen auseinandersetzen müssen und gleichzeitig ein umfangreiches Fachwissen und ein sehr hohes Maß an Flexibilität erforderlich ist. Hierfür ist es notwendig, die **Fachkräfte entsprechend aus- und fortzubilden**. So sollten regelmäßige Ausbildungen für lösungsorientierte Gesprächsführung, Suchtberater, Schuldenberater, Antigewalttrainer, Behandlungsprogramme für Sexualstraftäter, Mediator in Strafsachen, Deeskalationstrainer etc. angeboten werden.

Besonders im Bereich der Zeugenbetreuung, die in vielen Landgerichtsbezirken mit Einführung der überarbeiteten Qualitätsstandards im Juli 2025 seitdem angeboten wird, sind die Fachkräfte unerfahren und unsicher und benötigen dringend ein spezialisiertes Fortbildungsangebot, damit vor Ort eine professionelle Zeugenbetreuung und Opferarbeit sichergestellt werden kann.

Zudem ist es wünschenswert, die **Mittel für Supervisionen und kollegiale Beratung zu erhöhen**, um eine fachliche Reflexion für alle Fachkräfte zu ermöglichen und um den beruflichen Herausforderungen stetig professionell zu begegnen. Die Fachkräfte werden häufig mit belastenden Situationen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, die entsprechenden Angebote zur Verfügung zu stellen und von Seiten des Dienstherren wertschätzend zu agieren.

Zu einem zeitgemäßen aSD gehören auch das stetige Aktualisieren und Modernisieren der Internetpräsenz und Info Broschüren. Ein einheitlicher Internetauftritt bei den Landgerichten und ein eigner Link für den aSD auf der Homepage der Justiz wäre wünschenswert.

—

Die Arbeit des aSD ist ein wesentlicher Baustein für eine funktionierende, demokratische und soziale Justiz. Damit der aSD seinen gesetzlichen und gesellschaftlichen Auftrag weiterhin erfüllen kann, braucht es Investitionen statt Sparmaßnahmen. Nur so können Resozialisierung, Opferschutz und Kriminalprävention professionell und nachhaltig gewährleistet werden.

DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Im September 2025

Lisa Marie Schmidt
Stv. Landesvorsitzende

Alexandra Baldermann
Fachbereichsvorsitzende

DJG NRW
Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Fachbereich
ambulanter Sozialer Dienst (aSD)

Geschäftsstelle
Freithof 22
46410 Neuss
Telefon: 02131 1516337
E-Mail: geschaeftsstelle@djg-nrw.de